Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Nr. 220 — Bromberg, Dienstag den 26. September 1933 — **57. Jahrg.**

Der Abschluß des IX. Europäischen Nationalitäten-Kongresses.

Von Dr. Ewald Ammende,
Generalsekretär der Europäischen Nationalitäten-Kongresse.

Auf der letzten Sitzung des Kongresses erklärte der Abgeordnete Hans Otto Roth im Anschluß an die Ausführungen des Vertreters der Tschechen aus Österreich, Landtagsabgeordneten Machat — dieser hatte u. a. die Frage der in Deutschland siedelnden Minderheiten berührt — mit größtem Nachdruck, daß die deutschen Delegierten unverändert den Grundsatz der Verwirklichung aller Volkstumsrechte, nicht nur in den Staaten, in denen sie leben, sondern auch im deutschen Mutterlande, verträten, damit auch dort, wie das von kompetenter deutscher Seite erklärt worden sei, die Rechte der Nationalitäten in vollem Maße berücksichtigt würden. Diese Äußerungen des deutschen Redners wurden von der Versammlung mit lautem Beifall begleitet. Die Tschechen, Slowenen, Russen usw., sie alle beteiligten sich an diesem Applaus und brachten so zum Ausdruck, worin sie die Interessengemeinschaft zwischen den in allen Teilen Europas lebenden Mitgliedern des Europäischen Nationalitäten-Kongresses sähen: nicht nur in dem Proklamieren gemeinsamer Ziele und Rechtsgrundsätze, sondern vor allem in der gegenseitigen Unterstützung gegenüber den eigenen Völkern. In diesem einvernehmlichen Zusammenwirken von Nationalitätenführern aus den verschiedensten Staaten und Teilen Europas ist seit bald 10 Jahren dem Nationalitäten-Kongreß seine Daseinsberechtigung gegeben. Dieses Zusammenwirken würde sich kaum einige Tage lang aufrechterhalten lassen, wenn nicht gemeinsame Interessen, sondern spezielle Gesichtspunkte der einen oder der anderen Gruppe die Arbeiten der Gemeinschaft bestimmen würden. Darin liegt auch die Erklärung, warum die Behauptung der Gegner des Kongresses, dieser wäre ein Instrument der Interessen und Machenschaften des einen oder des anderen Staates resp. Volkstums, ihn weder vor den eigenen Mitgliedern, noch der neutralen Öffentlichkeit diskreditieren kann. Hierdurch erklärt sich auch, daß selbst die Behandlung der äußerst schwierigen Fragen, die dem diesjährigen Kongreß vorlagen, nicht zu einer Störung oder gar Sprengung des Kongresses führte.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß die Vertreter der nationalen jüdischen Gruppen wohl den Sitzungen des diesjährigen Kongresses fernblieben, ihren Austritt aus der Kongreßgemeinschaft jedoch nicht angemeldet haben. Ihre Forderung, daß die Entschließung zum Punkte „nationale Dissimilation und die Nationalitätenrechte" gegen einen bestimmten Staat zu richten wäre, glaubten alle Mitglieder des Ausschusses und des Rates des Kongresses nicht annehmen zu können, da solch ein Vorgehen den seit 10 Jahren bestehenden Statuten und Traditionen des Kongresses widersprechen würde. Dagegen wurde einmütig die grundsätzliche Entschließung angenommen, daß in Fällen der Einleitung und Durchführung einer nationalen Dissimilierung die Freiheiten und Rechte, für die der Kongreß in seinen Kundgebungen und Beschlüssen seit seinem Bestehen eingetreten ist, unbeeinträchtigt bleiben sollen. (Wofür nun der Kongreß stets eintrat, ist der Öffentlichkeit ja bekannt.)

In bezug auf die übrigen Programmpunkte des Kongresses ist festzustellen, daß die Beteiligung an der Diskussion über sie eine rege Anteilnahme der Delegierten aller kussion über sie eine rege Antilnahme der Delegierten aller Frage **„Territoriale Selbstverwaltung als Sicherung der nationalkulturelle Entwicklungsfreiheit für die geschlossen siedelnden Gruppen"** die Vertreter der größten und bedeutendsten Nationalitäten Europas ihre Erklärungen ab. Dr. von Medinger für die Sudetendeutschen, Senator Zaloziecky j für die Ukrainer Ostgaliziens und die Karpathenländer, Professor Maspons für die Katalanen, Abgeordneter Klimovitsch und Direktor Stsschys für die Weißrussen und Litauer Polens, d. h. des Wilnagebietes, Baron Steinheil für karpathorussisches Gebiet. Die Vertreter vieler Millionen großer und geschlossen siedelnder Volksgruppen brachten hier der Öffentlichkeit in Erinnerung, daß der dauernde Ausgleich unter den Völkern es voraussetzt, daß die Struktur der in Frage kommenden Staaten den in ihnen bestehenden ethnographischen Grundbedingungen angepaßt werden müßte. Sie alle verlangen nach einer weitgehenden territorialen Selbstverwaltung. Es sei hervorgehoben, daß Dr. von Medinger in seinem einleitenden Referat ausdrücklich betonte — und dieser Gedanke ist auch in der Entschließung enthalten — daß die Verwirklichung der Selbstverwaltung in den Gebieten der geschlossen siedelnden Gruppen vor allem auch im Interesse der Mehrheitsvölker selbst wäre.

Zur Frage: „Die Tätigkeit des Völkerbundes im vergangenen Jahre" wurden vom Abg. Graebe und Professor Balogh Referate gehalten, die dieses Mal von ganz konkreten Fällen des vergangenen Jahres ausgingen. Es wurde der Beweis erbracht, daß die vom Kongreß seit langem ausgesprochenen Forderungen und Anregungen in der konsequentesten Weise aufrechterhalten werden müßten. Die Behandlung dieses Punktes erfolgte in Gegenwart des stellvertretenden Leiters der Minderheitenabteilung im Völkerbundssekretariat N. von Krabbe. Zur Vertiefung der bereits im vorigen Jahre begonnenen Diskussion über das Thema „Religion und Volkstum unter besonderer Berücksichtigung der innerhalb verschiedener kirchlicher Gemeinschaften erfolgenden sprachlichen Unterdrückung der Nationalitäten" trug das Referat Dr. Besednjaks, des Vertreters der Slowenen Italiens, in hohem Maße bei. Die Entschließung zu diesem Punkte wendet sich direkt an die obersten Führungen der christlichen Kirchen und verlangt von ihnen, daß sie ihren Organen das direkte oder indirekte Mitwirken an der Entnationalisierung — insonderheit durch Unterdrückung auf sprachlichem Gebiet — verböten. Zur täglich aktueller werdenden Frage der überstaatlichen Volksgemeinschaft — der überstaatlich organisierten Gemeinschaft aller Teile ein- und desselben Volkes — sprach dieses Mal ein Vertreter des tschechoslowakischen Volkes, der gleich wie früher die Referenten von jugoslawischer und deutscher Seite das unbedingte Recht der Angehörigen eines Volkes, sich über die staatlichen Grenzen hinweg auf nationalkulturellem Gebiete zu einer organisierten Gemeinschaft zusammenzuschließen, betonte. Es wurde vereinbart, bis zum nächsten Jahre den Stand der Entwicklung zur überstaatlichen Volksgemeinschaft bei den einzelnen Nationen festzustellen, um dann an die Festsetzung gewisser Grundsätze zu schreiten. Neben diesen Programmpunkten wurde der Kongreß dieses Mal mit einer besonderen Frage und zwar der Hungerkatastrophe in Rußland befaßt, durch welche die Volksangehörigen einer großen Reihe der am Kongreß vertretenen Nationalitäten betroffen werden. Auf Initiative der sonst häufig in Gegensätzen befindlichen russischen und ukrainischen Gruppen schloß sich der Kongreß in einem an die Öffentlichkeit gerichteten Appell der vom Kardinal-Erzbischof von Wien sowie der im Ausschuß für christliche Hilfsarbeit organisierten lutherischen und griechisch-orthodoxen Kirchen in die Wege geleiteten Aktion zu einer übernationalen und interkonfessionellen Hilfeleistung für die in Rußland untergehenden Menschen an. Die dafür vom Generalsekretär Dr. Ammende schon seinerzeit festgesetzten Richtlinien wurden anerkannt und angenommen.

Bezeichnend für den diesjährigen Kongreß und die Kraft des Gedankens vom solidarischen Zusammenwirken der europäischen Nationalitäten ist es, daß auch dieses Mal trotz der Wirtschaftskrise und der sonstigen Hindernisse die Vertreter fast sämtlicher europäischer Volksgruppen aus allen Teilen Europas zur Tagung herbeigeeilt waren; dieses Mal in eine Stadt, wo die ganze Atmosphäre und gastfreundschaftliche Einstellung der Bevölkerung dem Verlaufe des Kongresses — er tagte in den schönen Räumen des schweizerischen Bundeshauses — sowie dem Wohlbefinden der Delegierten besonders günstig war. Bundesrat Motta drahtete dem Kongreß, daß seine Arbeiten dazu beitragen mögen, die überaus wichtige Nationalitätenfrage friedlichen, gerechten Lösungen entgegenzuführen. Die Delegierten der verschiedenen, am Kongreß beteiligten Völker waren, als sie den Kongreß verließen, vom Bewußtsein erfüllt — und dieses läßt sich ohne eine jede Übertreibung sagen — daß das Zusammenwirken der Nationalitäten gerade jetzt in einer Zeit der europäischen Krise im Interesse eines Ausgleiches unter den Völkern aufrechterhalten und geeint fortgesetzt werden müßte.

•

Beginn der Völkerbundversammlung.

Genf, 25. September. (Eigene Drahtmeldung.) Heute beginnt die 14. Jahresversammlung des Völkerbundes. Der Hauptkandidat für das Amt des neuen Vorsitzenden ist der mexikanische Delegierte, da der türkische Außenminister sich mit der Aufstellung seiner Kandidatur nicht einverstanden erklärt hat. Er will in den Bemühungen der Türkei, einen Sitz im Völkerbundrat zu erlangen, freie Hand behalten.

Unter den für die diesmalige Versammlung angemeldeten Delegierten befinden sich sieben Ministerpräsidenten und 16 Außenminister.

Der große Prozeß

van der Lubbe und „Genossen".

Das Ausmaß des jetzt in Leipzig vor der Tribüne des Reichsgerichtes abrollenden Prozesses gegen den holländischen Maurer Marinus van der Lubbe und Genossen und das riesige Interesse, das er in der ganzen Welt gefunden hat, sind nur verständlich, wenn man den historischen Augenblick, in dem das Attentat gegen den Reichstag geschah, und die politischen Folgen bedenkt. Die Brandstiftung, die wie ein politisches Fanal wirken mußte, fand mitten in dem über die Zukunft Deutschlands entscheidenden Wahlkampf fünf Tage vor der Reichstagswahl statt, welche die Entscheidung zugunsten des Nationalsozialismus brachte. Der Sieg Hitlers war so überwältigend, daß man auf der Linken, welche damals die Folgen dieses Wahlsonntages noch gar nicht übersah, um so mehr nach einer von der Verantwortung der Parteiführer möglichst weit entfernten Schuld suchte, als man sich auch die vorangegangenen Siege des Nationalsozialismus nur auf eine ähnlich mechanische, im materialistischen Denken begründete Weise hatte erklären können. Man führte also den Sieg Hitlers auf das Attentat zurück, das den Bürger mit der kommunistischen Gefahr geschreckt haben sollte. Darin waren schon zwei Unterstellungen enthalten, die später, als die Zahl der Flüchtlinge im Auslande wuchs, auf die mannigfaltigste Weise im Sinne der hergebrachten Propaganda gegen die „Gewaltmethoden" mit einer sichtlich durch die Praktiken der Bolschewisten angeregten Phantasie ausgesponnen wurden. Einmal die Behauptung, der Brand sei von den Nationalsozialisten selber gelegt worden, zum anderen die alte Legende von Severings „politischen Kindern", die Meinung, es habe in Deutschland keine kommunistische Gefahr gegeben, sie sei nur von Hitler erfunden worden, um verängstigte Bürger anzuziehen und für die Umgehung von Recht und Gesetz zu gewinnen.

Dieser von den Kommunisten genährten und von den geflohenen Asphaltliteraten und -gelehrten und von den Juden unterstützten Propaganda ist es gelungen, den größten Teil der Weltöffentlichkeit für solche Auffassungen zu gewinnen. Darunter befinden sich auch Kreise und Organe, die sonst für den Bolschewismus gar nichts übrig haben. Und gerade sie hielten an diesen Fiktionen fest, als ihnen das internationale Komiteegetriebe schon längst auf die Nerven ging, in dem sich kommunistische Trustkönige à la Münzenberg, handfeste bolschewistische Agitatoren, jüdische Skribenten, Ehrenjungfrauen der Humanität wie Rolland und Einstein, artig paarten. Mit anderen Worten: der Prozeß gegen die Reichstagsbrandstifter wurde ein internationales Politikum, an dem sich die Geister für und wider das neue Deutschland scheiden. In dieser Beziehung hat er manche Ähnlichkeit mit der berühmten Dreyfus-Affäre, in deren Verlauf der Anlaß des Kampfes immer mehr hinter den riesigen Fronten verschwand, die gegeneinander aufmarschierten. Nur wenn man den Leipziger Prozeß in dieser dreifachen Beleuchtung betrachtet, wird man seiner Bedeutung und seinem Ergebnis gerecht werden.

Es geht also nicht nur um die Aufhellung des Tatbestandes, es geht um den Kampf gegen jene internationalen Schichten, die es sich seit je angelegen sein ließen, die Grenzen vom „linken Bürgertum" bis zum Kommunismus „schwimmen" zu lassen, es geht schließlich um den Ruf Deutschlands als Rechts- und Kulturstaat, wobei insonderheit der gute Ruf der deutschen Justiz inbegriffen ist. Auf der Anklagebank sitzen nicht nur einige zufällig aufgegriffene kommunistische Agitatoren durchschnittlichen Formates von Torgler über die Bulgaren bis zu Lubbe, auf der Anklagebank sitzen größte Teile der jüdischen und marxistischen Emigration und jene deutschfeindlichen Kreise des Auslandes, denen keine Gelegenheit zu schlecht ist, dem deutschen Volke eins auszuwischen und alte Diffamierungskünste wieder aufleben zu lassen.

Daß sich das Reichsgericht dieser Aufgabe bewußt ist, beweist die außerordentliche Weise der Prozeßgestaltung. Die zahlreichen Auslandsberichterstatter wurden in das Wesen der deutschen Prozeßführung, die sich in vielem von den Prozeßmethoden anderer Länder unterscheidet, eingeführt, die Möglichkeiten für die Einholung von Auskünften wurden bis zur Vollständigkeit ausgebaut, der Ausschluß der Öffentlichkeit, der sich bei Hochverratsprozessen in der Regel sogar bis auf die Urteilsverkündung erstreckt, wurde restlos beseitigt, es wurde nicht nur die Presse, es wurde zum ersten Mal in einem deutschen Gerichtssaal auch der Film und der Funk eingeschaltet. Der starke Eindruck, den dieses Vorgehen gemacht hat, zeigte sich auch alsbald in der ausländischen Presse, die vom Wohlwollen einstweilen noch meilenweit entfernt ist. Hinzu kam nun eine mit fast übertriebener Eindringlichkeit verfolgte Voruntersuchung, deren Dauer sich auf diese Weise von selber erklärt, deren Ergebnisse sich jetzt Stück für Stück unter einer menschlich überlegenen Prozeßführung dem großen Forum der Weltöffentlichkeit dartun.

Einige Beweisstücke der Gegenseite sind denn auch schon gefallen. Der Paß ist echt, die Punkte auf dem „U", die der holländischen Schreibweise des Namens Lubbe nicht entsprechen, sind zur Angleichung an die deutsche Sprechart in einem Berliner Asyl hinzugefügt worden, das Paßbild stellt wirklich den Maurer van der Lubbe, nicht einen anderen dar, Lubbe saß, während er als Gast eines nationalsozialistischen Bürgermeisters in Sachsen gesehen worden sein sollte, in einem heimatlichen Gefängnis, Lubbe kannte, am Tatort vernommen, genau die Stellen, an denen der Brand gelegt worden war usw. Es werden diesen auch noch andere Beweisstücke folgen, mit denen Branting, Einstein und „Genossen" nicht herausrücken wollten. Schon jetzt sind mehr als Lubbe jene belastet, denen dieser Fall nur eine Gelegenheit war, das Ausland gegen ihr Vaterland aufzuhetzen.

Anarchist Dimitroff.

Der Angeklagte ist Führer der bulgarischen Aufstandsbewegung.

Leipzig, 25. September.

Am Sonnabend, dem dritten Verhandlungstage des Verfahrens gegen die Reichstagsbrandstifter van der Lubbe und Genossen begann das Gericht mit der Vernehmung der

bulgarischen Angeklagten, und zwar wurde zunächst der Angeklagte Dimitroff gehört.

Die Disposition der Verhandlungsführung, zunächst nur die persönlichen Verhältnisse der Angeklagten zu klären, wird auch hier streng gewahrt. Dimitroff wird über seine Lebensgeschichte verhört. Es ist eine stundenlange Auseinandersetzung über die bulgarischen Zustände und den Aufstand im September 1923, an dem Dimitroff führend beteiligt war. Dann folgen die Aussagen über seine Emigrantenzeit, die er abwechselnd in Wien, Berlin und Moskau verlebte. Eine besondere Rolle spielen dabei seine Berliner Verhältnisse, weil er hier unter falschem Namen lebte und eine undurchsichtige Tätigkeit als kommunistischer Funktionär betrieb.

Soweit Dimitroff jetzt schon Gelegenheit hat, sich bei der Darstellung seines Vorlebens zu verteidigen, kommt es ihm auf zwei Punkte an. Er erklärt, daß er stets nur für die bulgarische kommunistische Partei und ihre Emigranten gearbeitet habe. Ferner stellt er fest, daß er als überzeugter Kommunist und glühender Anhänger der kommunistischen Internationale der schärfste Gegner individueller Terrorakte und aller Einzelaktionen sei. Er spricht in stärkster Erregung und läßt sich oft zu Angriffen gegen die Untersuchungsbehörden hinreißen, die Präsident Bünger zu scharfer Abwehr nötigen. Es kommt zu Szenen, wie man sie im Reichsgericht selten erlebt.

Der Angeklagte ist Schriftsteller und hat zuletzt in Berlin gewohnt, ist am 18. Juni 1882 in Radomir in Bulgarien geboren und besitzt die bulgarische Staatsangehörigkeit. Es wird an Hand der Akten festgestellt, daß Dimitroff einmal zu 14 und einmal zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Dann soll er wegen Beteiligung an einem Aufstande im Jahre 1921

auch zum Tode verurteilt

worden sein. Dimitroff ist ferner in seiner Heimat zweimal verurteilt, und zwar einmal wegen des großen Septemberaufstandes des Jahres 1923 zu lebenslänglichem Zuchthaus und danach auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Staates als Organisator bewaffneter Banden. Während der Feststellung dieser Vorstrafen macht Dimitroff wiederholt abfällige Bemerkungen, so daß er vom Vorsitzenden scharf zurechtgewiesen werden muß. Dimitroff steht seit etwa 30 Jahren im Dienste der marxistischen Bewegung. 1910 wird er Mitglied des Zentralkomitees der bulgarischen Kommunistischen Partei, und 1913 bis 1923 vertritt er die Kommunistische Partei in der Sobranje. Auf Aufforderung des Vorsitzenden schilderte Dimitroff dann im Zusammenhang die Geschichte des Septemberaufstandes in Bulgarien vom Jahre 1923. Die Spannung habe sich am 23. September 1923, also vor genau zehn Jahren, in einem allgemeinen Aufstand entladen, der aber durch die Truppen der Regierung Zankoff niedergeworfen worden sei. Mit etwa 1000 aufständischen Bauern und Kommunisten sei er selbst, der geistige Führer des Aufstandes, über die südslawische Grenze gegangen.

„Ich trage", so erklärt er, „die moralische Verantwortung für die Führung dieses Aufstandes und

bin stolz auf diesen heroischen Aufstand.

Ich bedauere nur, daß ich und meine Partei damals noch nicht richtige Bolschewisten waren."

Der Vorsitzende fragt den Angeklagten Dimitroff, wie es denn zu dem Kathedralenbrand in Sofia gekommen sei, er möchte sich darüber äußern. — Dazu erklärt Dimitroff, es handele sich zuverlässig um ein Attentat gegen die kommunistische Bewegung.

Vors.: Eine Reihe von Kommunisten sind damals ja auch zum Tode verurteilt worden.

Angekl.: Ich könnte darüber bessere Auskunft geben, wenn ich gewisse Dokumente herbeigeschafft hätte.

Aus weiteren Fragen und Antworten geht hervor, daß dem Angeklagten zur Erreichung seiner Ziele kein Mittel heilig gewesen sei. Ende 1929 sei er nach Berlin gekommen, war dort aber niemals polizeilich gemeldet, da ihm seine Freunde aus Bulgarien mitgeteilt hätten, er werde polizeilich gesucht. Er hat sich bald als Dr. Steiner, bald als Professor Dr. Jahn ausgegeben. Seinen Lebensunterhalt hat er aus Geldern bestritten, die er regelmäßig von Hilfskomitees erhalten haben will. In die Verhandlung spielt noch eine Verlobungsgeschichte hinein, die Verbrennung von Schriftstücken, die Verbindung des Angeklagten mit deutschen Kommunisten, die er abstreitet usw.

Zum Schluß erklärt Dimitroff unaufgefordert, er habe gewiß die proletarische Revolution jederzeit gewollt.

Außerdem sei er Mitglied der Exekutive der kommunistischen Internationale.

Für seine kommunistische Betätigung trage er stets die volle Verantwortung; er lehne aber jederzeit ab, terroristische Attentate zu begehen oder zu putschen. Er sei für die proletarische Diktatur der Arbeiterschaft.

Hier wird der Angeklagte durch den Vorsitzenden unterbrochen, der ihm erklärt, daß er zu bestimmen habe, wann die Angeklagten über Tatsachen, Begriffe und innere Einstellung zu sprechen hätten. Der Angeklagte werde noch genugsam zu Worte kommen können über seine politische Einstellung; jetzt aber ständen nur seine persönlichen Verhältnisse zur Sprache.

Der Gang der Verhandlung war psychologisch äußerst interessant. Ungeklärt sind aber immer noch die Beziehungen, in denen die Angeklagten untereinander standen. Jedenfalls dürfte die Klarstellung der persönlichen Verhältnisse der beiden anderen Bulgaren und des Reichstagsabgeordneten Torgler Licht in die politischen Zusammenhänge des Attentates bringen.

*

Der vielfach vorbestrafte Kommunist Popoff.

Im weiteren Verlauf der Sonnabend-Verhandlung wurde auch der bulgarische Angeklagte Popoff zur Person vernommen. Es handelt sich bei ihm um eine unbedeutende Persönlichkeit, die sich sicherlich gern wichtig macht. Zum erstenmal tritt hier auch der Dolmetscher in ständige Tätigkeit, weil weder Popoff noch Taneff (der dritte Bulgare) die deutsche Sprache beherrschen. Bemerkenswert ist, daß Popoff und Taneff den Dimitroff in Moskau kennen gelernt haben. Die Vernehmung des 31jährigen Popoff wird fast ausschließlich mit Auseinandersetzungen über seine Vorstrafen ausgefüllt. Der Angeklagte gibt zu, daß er wegen Nichtzahlung der bulgarischen Militärsteuer in seiner Abwesenheit zweimal zu je 5000 Lewa Geldstrafe verurteilt worden sei. Außerdem sei er am 18. Juni 1932 wegen seiner Mitgliedschaft im Zentralkomitee der bulgarischen kommunistischen Partei ebenfalls in seiner Abwesenheit

zu 12½ Jahren Zuchthaus und 15 Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Ferner erklärt Popoff, daß er schon als 16jähriger Schüler in die kommunistische Jugend eingetreten und mit 20 Jahren Mitglied der Kommunistischen Partei geworden sei. An dem bewaffneten Aufstand von 1923 habe er nicht teilgenommen, er sei deswegen auch nicht verfolgt oder verurteilt worden. Als aber nach diesem Aufstand viele Kommunisten verhaftet wurden, sei auch er aus Bulgarien geflüchtet, weil er fürchtete, daß man ihn als Kommunisten verhaften würde.

Mit dem Verbrechen der Reichstagsbrandstiftung will Popoff nichts zu tun gehabt haben.

In Berlin habe er sich ausschließlich mit bulgarischen politischen Verhältnissen beschäftigt. Nach Deutschland sei er gekommen, um die Amnestie, die in Bulgarien vor der Verabschiedung stand, abzuwarten und dann nach Paris weiterzufahren. Mit führenden Persönlichkeiten politischer Parteien sei er niemals zusammengewesen. Er kenne auch keine. Damit war die Vernehmung über die Person des Angeklagten Popoff abgeschlossen.

*

Lubbe übt passive Resistenz

Der Hauptangeklagte im Reichstagsbrandstifter-Prozeß, van der Lubbe, ist durch den zuständigen Gerichtsarzt Dr. Schütz untersucht worden. Van der Lubbe befindet sich im Zustande passiver Resistenz, und legt es offenbar darauf an, durch Herbeiführung völliger Entkräftung einen Abbruch der Verhandlungen zu erzwingen, was mit den Anweisungen der Kommunistischen Partei für das Verhalten ihrer Mitglieder vor Gericht übereinstimmt. Vorläufig ist er noch verhandlungsfähig. Sollte er aus seinem Abwehrzustand nicht heraustreten, so muß natürlich der Übergang zur Zwangsernährung erwogen werden. Er erhält im Gefängnis Krankenkost. Am Sonnabend ist ihm ein Schnitzel mit Bratkartoffeln und Gemüse, dazu Wein und Pfirsich angeboten worden. Er hat aber gar nichts angenommen.

*

Die Montags-Verhandlung.

Leipzig, 25. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Montags-Verhandlung im Reichstagsbrandstifter-Prozeß konnte erst um 10 Uhr beginnen, weil der Verteidiger des Angeklagten Torgler, Rechtsanwalt Dr. Sack, am rechtzeitigen Erscheinen verhindert war.

Am Sonntag hat sich van der Lubbe im Gefängnisgarten sehr aufgeräumt benommen. Er nahm auch Nahrung zu sich und versicherte, am Verhandlungstage am Montag von sich aus Erklärungen abgeben zu wollen. Er macht aber heute den gleichen Eindruck wie am Sonnabend; blaß wie der Tod und völlig teilnahmslos sitzt er auf seiner Bank. Ob sich sein Verhalten im Laufe des Tages — wie versprochen — ändern wird, bleibt abzuwarten.

Fräulein Dimitroff als Zeugin.

Vor Eintritt in die Verhandlung teilt Rechtsanwalt Dr. Teichert, der Verteidiger des bulgarischen Kommunisten Dimitroff mit, daß die Schwester des Angeklagten in Leipzig eingetroffen sei und bitte, als Zeugin zugelassen zu werden. Nach kurzer Beratung des Senats wird die Zeugin, Fräulein Dimitroff, aufgerufen. Der Oberreichsanwalt Dr. Werner hält diese Vernehmung für überflüssig, weil alle ihre Aussagen als wahr unterstellt werden könnten. Trotzdem beschließt der Senat die Vernehmung.

Das erste, was der Dolmetscher ihr zu sagen hat, ist die Vermittlung einer Mahnung des Senatspräsidenten Dr. Bünger:

„Hier brauchen Sie nicht zu lachen, es handelt sich um eine sehr ernste Sache."

Die Zeugin Dimitroff kommt, wie sie aussagt, aus Paris, wo sie versucht haben will, mehrere Anwälte für die Verteidigung ihres Bruders zu werben. Der Angeklagte Dimitroff, der gleich dazwischen reden will, wird vom Vorsitzenden auf später verwiesen. Wie Fräulein Dimitroff aussagt, hat ihr Bruder auch der bulgarischen kommunistischen Partei angehört.

Der Deutsch-Polnische Vertrag über Sozialversicherung.

Von einer amtlichen Berliner Stelle wird folgendes bekanntgegeben:

Der Deutsch-Polnische Vertrag über Sozialversicherung ist nach erfolgter Ratifizierung am 1. September 1933 in Kraft getreten. Er regelt die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Polen auf dem Gebiete der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestellten-Versicherung sowie knappschaftlichen Pensionsversicherung. Die Angehörigen des anderen Staates werden bei der Gewährung von Versicherungsleistungen wie Inländer behandelt. Die bisher wegen des Aufenthalts im anderen Staat ruhenden Renten der beiderseitigen Versicherungsträger müssen dshalb in Zukunft gezahlt werden. Besondere Erleichterungen sind für die Durchführung der Krankenversicherung im Grenzverkehr vorgesehen. In der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung werden die Beitragszeiten, die bei den beiderseitigen Versicherungsträgern zurückgelegt sind, für die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben der Anwartschaft, für die Erhaltung der Wartezeit und für das Recht auf Weiterversicherung zusammengerechnet.

Diese Regelung ist für die Versicherten, die abwechselnd der deutschen und der polnischen Versicherung angehört haben, von großer Bedeutung. Der Grundbetrag der Rente und der Kinderzuschuß werden von den Versicherungsträgern beider Staaten in solchen Fällen anteilig getragen. Der Anteil wird nach dem Verhältnis der innerstaatlichen Beitragszeit zur Summe der in beiden Staaten zurückgelegten Beitragszeiten berechnet. Daneben zahlt jeder der beteiligten Versicherungsträger die Steigerungsbeträge für die an ihn entrichteten Beiträge nach den für ihn geltenden gesetzlichen Vorschriften.

Der Vertrag ändert weiter, von gewissen Ausnahmen abgesehen, die Zuständigkeit der Träger der Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung bei Versicherungsfällen, die vor dem 1. Januar 1923 eingetreten waren. In diesen Fällen geht die Leistungspflicht auf die Versicherungsträger des Staates über, in dem der Berechtigte am 1. Januar 1931 wohnte. Hierdurch wird der Tatsache Rechnung getragen, daß zahlreiche Rentenempfänger, namentlich infolge der durch den Vertrag von Versailles geschaffenen Gebietsänderungen aus Polen nach Deutschland und aus Deutschland nach Polen vollzogen sind. Die Übernahme der Rentenzahlungen durch die Versicherungsträger des Staates, in dem die Berechtigten an dem neuen Stichtag wohnen, soll die Betreuung der Rentenempfänger erleichtern. Anwartschaften auf die Leistungen der Invaliden-, Angestellen- und knappschaflichen Pensionsversicherung des anderen Staates, die seit dem 1. November 1918 während des Aufenthaltes in dem einen Staat erloschen sind, werden in gewissem Umfange auf Antrag wiederhergestellt, ohne daß es der Entrichtung von Beiträgen oder Anerkennungsgebühren bedarf; der Antrag muß bis zum 31. August 1934 gestellt sein.

Soweit nach dem Vertrag eine neue Feststellung erforderlich ist, werden die laufenden Renten umgerechnet. Abgelehnte Rentenansprüche sind auf erneuten Antrag des Berechtigten unter Berücksichtigung der Vertragsbestimmungen neu zu prüfen, auch dieser Antrag muß bis zum 31. August 1934 gestellt sein. Für den Fall der Kündigung des Vertrages ist ein besonderer Schutz für erworbene Anwartschaften und Versicherungsansprüche vorgesehen.

Der Vertrag bringt somit für die beiderseitigen Versicherten, namentlich in den Grenzgebieten, wesentliche Vorteile.

Aus anderen Ländern.

Herriot erkrankt.

Paris, 25. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Gesundheitszustand des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Herriot hat am Sonntag die Hinzuziehung mehrerer Ärzte notwendig gemacht. Er leidet an einer Nierenerkrankung. Das Fieber ist auf 40 Grad gestiegen.

Deutsches Reich.

Tannenbergbund in Preußen verboten.

Der von General Erich Ludendorff gegründete und geführte Tannenberg-Bund und die Organisation des Deutschvolk sind im Gebiete des Freistaates Preußen aufgelöst und verboten worden.

Die Gefährlichkeit der Umtriebe des Tannenberg-Bundes für den heutigen Staat sei, wie von zuständiger preußischer Seite mitgeteilt wird, schon allein dadurch gegeben, daß in auffallendem Maße **Anhänger ehemaliger marxistischer und kommunistischer Organisationen** in den Reihen des Bundes Aufnahme gefunden haben in der Hoffnung, hier einen Unterschlupf zu finden, der ihnen den getarnten politischen Kampf gegen den nationalsozialistischen Staat ermöglicht.

*

Rund 2,3 Millionen Neubeschäftigte seit Hitlers Amtsantritt.

Berlin, 25. September. (Eigene Drahtmeldung.) Aus dem jetzt veröffentlichten neuesten Ergebnis der Krankenkassen-Statistik geht, wie der Parlamentsdienst der Telegraphen-Union meldet, hervor, daß am 31. August d. J. seit dem Amtsantritt der Regierung Hitler 2 236 374 arbeitslose Volksgenossen wieder Beschäftigung gefunden hatten, daß ferner nach den bereits vorliegenden Ziffern der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Zeit vom 1. bis 15. September die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen weiter um 57 000 gesunken ist.

So ist die Tatsache festzustellen, daß seit der Machtübernahme durch Adolf Hitler bereits rund 2,3 Millionen Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß eingereiht worden sind. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer belief sich nach der Krankenkassen-Mitglieder-Statistik am 31. August d. J. auf 13 723 585.

*

Papens Abreise aus Budapest.

Vizekanzler von Papen hat in Begleitung seines Adjutanten von Tschirschky-Bögendorff und des Presse-Chefs von Bose Budapest verlassen. Er wurde auf dem Bahnhof von Vertretern des Ministerpräsidenten und des Ministers des Äußern begrüßt. Den Pressevertretern sprach der Vizekanzler seinen aufrichtigen Dank dafür aus, daß er in Budapest, das er rein privatim besucht habe, mit allen Zeichen herzlichster Freundschaft überschüttet worden sei.

*

Vom Fischtag zum Fischplan.

In Anbetracht des großen Erfolges, den der erste Pommersche Fischtag gezeitigt hat, hat man sich entschlossen, nunmehr vom Fischtage zum Fischplan überzugehen. Unter der Devise: „Jede Woche einmal Fisch" soll für die ganze Provinz Pommern, beginnend mit dem 26. September, für jeden Kreis ein bestimmter Tag festgelegt werden, an welchem in jedem Haushalt und in jeder Gaststätte Fisch zur Mahlzeit gereicht wird.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 25. September 1933.

Krakau — 2,30, Zawichost + 1,80, Warschau + 2,08, Plock + 1,56, Thorn + 0,72, Fordon + 1,64, Culm + 1,48, Graudenz + 1,66, Kurzebrak + 1,64, Pieckel + 0,80, Dirschau + 0,63, Einlage + 2,14, Schiewenhorst + 2,40.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 25. September.

Meist heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet weiterhin mildes, meist heiteres Wetter an, zeitweise schwach wolkig mit Morgennebeln.

„Billiger Ausverkauf von Städtischen Objekten!"

Im „Kurjer Bydgoski" finden wir im Zusammenhang mit der Nachricht über ein freches Betrugsmanöver, wobei ein raffinierter Schwindler die Warschauer Zitadelle verkaufen wollte, eine nette Plauderei über Bromberg. Es heißt da, daß der Schwindler hier bei uns mehr Glück gehabt hätte. Wenn Not am Mann wäre, so würde dieser Herr auch das Elektrizitätswerk und die Gasanstalt verkaufen, alles, was ihr wollt. Und sicher mit Gewinn. Jedenfalls würde er es besser machen als unser Magistrat, der es nicht verstand, den Bismarckturm zu verkaufen und deshalb beschloß, damit einen nationalen Rummel zu veranstalten. Er organisierte Umzüge der verschiedenen Innungen, des Sokols und der Haller-Leute (den Strzelec gab es damals noch nicht), der Schützengilde und ein Pilgerzug bewegte sich zum Bismarckturm, um diesen in einen „Freiheitsturm" umzutaufen. Die Veranstalter der Feierlichkeit haben gut kalkuliert. Wir werden die Sache einweihen, dachten sie, patriotisch umtaufen, vielleicht findet sich schließlich doch noch ein Käufer. Es ist immer leichter den Freiheitsberg zu verkaufen als den Bismarckberg. Nun, der Berg hat eine Maus geboren. Man hat soundsoviel Nationalhymnen gesungen, man hat soundsoviel Ansprachen gehalten, ganz Bromberg war begeistert vor Freude, daß es schon keinen Bismarck, dafür aber jetzt eine Freiheit gab. Und was geschah? Unsere Stadtverordnetenversammlung spielte sich auf als die siegreiche Koalition aus den Zeiten des Versailler Vertrages und schenkte diese Freiheit einem hiesigen Ingenieur. Der Mann hatte seinen Kopf am rechten Platz, verneigte sich von dem Freiheitsturm aus höflich vor der Stadt und verkaufte den Turm völlig legal, nachdem er den Turm abgebrochen hatte, an den Kreisausschuß in Znin oder Strelno als Chausseebaumaterial.

So haben wir statt des Freiheitsturmes eine Freiheitschaussee — und an dieser Chaussee hat der genannte Ingenieur nicht schlecht verdient.

So ist bzw. war unsere städtische Wirtschaft. Und man hätte doch schließlich diesen Turm in eigener Regie verkaufen können. Man hätte solch einen „Industriellen" von der Warschauer Zitadelle zu mindestens mit der fünften Gehaltsstufe engagieren können, hätte ihm die Generalvollmacht erteilt, und er hätte schon eine „Billige Woche städtischer Reste", eine „Weiße Woche" oder einen „Inventurausverkauf" durchgeführt. Aber in unserer Stadtverordnetenversammlung waren eben zu wenig Glowackis, so daß nur dieser eine den Nutzen zog.

War das die ganzen Tauffeierlichkeiten, die Umbenennung von einem Bismarck- in einen Freiheitsturm wert? Wäre es nicht besser gewesen, Bismarck zu parzellieren statt die Freiheit? Man hat die ganze Stadt alarmiert, ähnlich wie jetzt mit diesen beiden Tafeln für Sobieski und Stefan Batory. Ist uns da nicht ein kleiner Irrtum unterlaufen? Seht euch die Daten an der Batory-Tafel, die an der Klarissenkirche angebracht worden ist, einmal genau an, ganz Polen begeht den 400. Geburtstag Stefan Batorys — aber Bromberg muß was Besonderes haben und hat ein um 200 Jahre größeres Jubiläum. Und was jetzt? Es fand die feierliche Enthüllung der Tafel mit Orchester, Umzug, Delegationen und Ansprachen statt. Jetzt müßte die feierliche Verhüllung der Plaketten erfolgen, auf denen Sobieski auf Batory etwas von oben herabsieht und Batory etwas verägert dreinschaut, daß die Bromberger ihn um 200 Jahre älter gemacht haben, als es die Papiere auf dem Standesamt besagen.

§ **Apotheken-Nacht- und Sonntagsdienst** haben bis zum 2. Oktober die Piasten-Apotheke, Elisabethmarkt (Plac Piastowski) 49 und die Adler-Apotheke, Friedrichsplatz (Stary Rynek) 1.

§ **Kampf gegen die Tollwut.** Auf Grund einer Verfügung der Wojewodschaft über die Tollwutbekämpfung müssen auf dem ganzen Gebiet der Wojewodschaft Posen alle Hunde Tag und Nacht über an einer festen Kette liegen oder mit einem kräftigen Maulkorb versehen sein, so daß das Beißen unmöglich gemacht wird. Eine Ausnahme bilden Jagd-, Polizei- und Schäferhunde. Bei ersteren jedoch nur von dem Augenblick des Beginns der Jagd bis zum Abschluß, bei den Polizeihunden während der Dressur oder bei der Verfolgung von Verbrechern, während die Schäferhunde ohne Maulkorb während der Zeit des Hütens von Vieh umherlaufen dürfen. Alle Hunde, die über drei Monate alt sind, mit Ausnahme derjenigen Tiere, die im Polizeibesitz sind, müssen eine Hundemarke haben, durch die man den Besitzer ermitteln kann. Wie uns von der Stadtverwaltung mitgeteilt wird, werden Hunde, die frei umherlaufen und keine Maulkörbe besitzen, durch Hundefänger gefangen und der Abdeckerei übergeben.

§ **Die Kartoffelsaison in Polen.** Die Schätzungen über die neue Kartoffelernte in Polen sprechen von einem mittelmäßigen Ausfall. Die Kartoffelanbaufläche ist in diesem Jahre zwar etwas größer als 1932, trotzdem werden die Erträge nicht größer sein, weil die diesjährigen schwachen Niederschläge ungünstig auf das Wachstum der Kartoffelpflanze eingewirkt haben. Im allgemeinen wird angenommen, daß die diesjährigen Kartoffeln einen ziemlich starken Mehlgehalt aufweisen werden. Die Kartoffelernte hat bereits begonnen. Infolgedessen ist das Angebot an Kartoffeln schwach. Der Kartoffelhandel hat noch keine größeren Abschlüsse getätigt. Die Exportaussichten sind weiterhin ungünstig und zwar umsomehr, als den polnischen Kartoffel-Export nach Frankreich im laufenden Jahre nicht nur Zollschranken und Kontingentsbestrebungen erschweren, sondern auch eine gute Kartoffelernte in Frankreich.

§ **Ein schweres Gewitter** ging am Sonnabend über Bromberg Stadt, dem Kreise Bromberg, sowie den Kreisen Schubin und Nakel nieder. Begleitet war das Gewitter von starken Regengüssen und einem sehr heftigen Sturm. Die Stärke des Sturmes beweist die Tatsache, daß in der Promenadenstraße ein Baum von ca. 75 Zentimeter Durchmesser entwurzelt wurde und gegen das Haus Nr. 77 der gleichen Straße geschleudert worden ist. Die Krone des Baumes blieb glücklicherweise an den in einer Zahl von über 50 an dem Hause vorbeiführenden Telephondrähten hängen. Die Hauptleitung der telegraphischen und Telephonverbindung von Fordon, Unislaw und Culm wurde zerstört. Außerdem wurde die Telephonverbindung für etwa 25 Anschlüsse vernichtet. Auch die Starkstromleitung zerriß, so daß die angeschlossenen Stadtteile, u. a. auch Bleichfelde, von der Lichtzufuhr abgeschnitten waren. Am heftigsten soll der Sturm, der übrigens auch in einigen anderen Straßen Bäume entwurzelt hat und in den Obstgärten ungeheueren Schaden anrichtete, in Jägerhof gehaust haben.

§ **Die linke Hand gebrochen** hat sich beim Spielen der 13jährige Schüler Jan Kusmierz. Er wurde ebenfalls in das Städtische Krankenhaus eingeliefert.

§ **Vom Zuge überfahren ließ sich heute früh gegen ½7 Uhr eine unbekannte männliche Person in der Nähe der Danzigerstraße.** Wie Augenzeugen berichteten, stürzte sich — **als der Thorner Zug die Danziger Straße passierte — in der Nähe der Firma Schlieper ein Unbekannter, der sich in den Sträuchern am Eisenbahngleis versteckt gehalten hatte, auf den Schienenstrang und ließ sich überfahren. Von dem Zuge wurde der Kopf glatt vom Rumpf getrennt. An der Unfallstelle erschien die gerichtsärztliche Kommission, die ein Protokoll aufnahm, darauf wurde die Leiche nach der Halle am Friedhof der Schubiner Chaussee gebracht. Die Personalien des Toten konnten nicht festgestellt werden, da man keinerlei Papiere bei ihm vorfand. Es dürfte sich um einen etwa 25jährigen Arbeitslosen handeln.**

§ **Ein Einbruch** wurde in der Nacht zum Sonnabend in Dobsch hiesigen Kreises verübt. Mit Hilfe von Dietrichen verschafften sich unbekannte Täter Eingang in die Wohnung des Hausierers Piotr Kaminski und stahlen Kurzwaren, Garderobe und Bargeld. Der Wert der gestohlenen Beute beträgt etwa 5000 Złoty. Den Tätern ist man bereits auf der Spur.

Oh, innere Sicherheit! Dieses Gefühl der Zugehörigkeit zu allem, was fleugt und kreucht, keimt und sich aussät und sich, wenn es zu vergehen scheint, nur verwandelt! Dieses alles lösende Gefühl der vollkommenen inneren Sicherheit! Man ist dabei draußen und wieder daheim so gut aufgehoben, daß man hinter all dem Verworrenen und Bunten, hinter all dem Hastenden, Lauten, Schrillenden und Kreischenden der modernen Tagtäglichkeit die große, reiche Ruhe fühlt, wie hinter Laternen, Signalen und Lichtreklamen den Sternenhimmel.

Ferdinand Avenarius.

---

§ **Selbst ein Wächter wird bestohlen.** Der in Myslencinek angestellte Wächter Anton Górski hatte das Pech, daß während seiner sicherlich sehr sorgfältig ausgeübten Wache Diebe aus seinem eigenen Stall 2 Schweine stahlen.

§ **Eine Kohlengasvergiftung** hat am Sonntag vormittag der 28jährige Felix Szkatulski bei der Feuerung einer Zentralheizung erlitten. Er wurde in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. Sein Zustand gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Flugplatz — Inowrocław.

z **Inowrocław**, 25. September. Die Feierlichkeiten zur Einweihung des hiesigen Zivilflughafens wurden am Sonnabend Nachmittag um 3 Uhr mit einem Sirenensignal von drei Minuten Dauer eingeleitet, worauf „eine Minute Stille" zur Ehrung der verunglückten polnischen Flieger folgte. Um 5.30 Uhr wurde dann die große Sparbüchse auf dem Platz vor dem Magistrat übergeben, die zur Sammlung freiwilliger Spenden zum Bau des Flugplatzes sowie für die Luftschutzliga dienen soll. Begleitet wurde diese Feier mit Konzertstücken des Orchesters des 59. Infanterieregiments. Abends 8 Uhr folgte dann ein Zapfenstreich durch die äußerst reich mit Fahnen, Girlanden und Ehrenpforten geschmückten Straßen der Stadt. Eine Zusammenkunft des Aeroklubs im Saale des Hotels Bast mit anschließendem Tanz bildete den Abschluß dieses Tages. Am Sonntag begann die Feier mit dem großen Wecken um 6 Uhr morgens, woran sich ein Turmblasen von der Mutter-Gottes-Kirche anschloß. Um 10 Uhr begannen die eigentlichen Feierlichkeiten auf dem Flugplatz, wobei Dekan Kubski den Feldgottesdienst hielt. Daran schloß sich die Einweihung des Flugplatzes und der Mutter-Gottesfigur sowie die Übergabe des Flugplatzes. Dieselbe wurde durch ein Sirenensignal angekündigt und gleichzeitig einige hundert Brieftauben losgelassen. Darauf folgten Ansprachen des Stadtpräsidenten Jankowski, des Obersten Armee-Inspekteurs und Präses der Luftschutzliga General Berbecki u. a., sowie Dekorierung und Eintragung in das Ehrenbuch. Von 2 Uhr ab kreisten dann ca. 40 Flugzeuge über dem Flugplatz und führten verschiedene Übungen aus. Den Abschluß der Feierlichkeiten bildete ein Fest im Saale des Park Miejski, bei welcher das Referat von dem Landes-Schulkurator Dr. M. Pollack aus Posen gehalten wurde. Verschönt wurde diese Feier durch Deklamationen, Gesänge und Konzertstücke. An all diesen Veranstaltungen nahm die hiesige Bürgerschaft recht regen Anteil und beherbergte unsere Stadt eine nach Hunderten zählende Menge auswärtiger Gäste.

o **Budzyn**, 22. September. Kürzlich hielt der Landwirtschaftliche Verein Podanin im Lokale des Gastirwts Otto seine Monatsversammlung ab, welche außerordentlich gut besucht war. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Vereinsvorsitzenden referierte Geschäftsführer Heymann über die Vermögenssteuer, welche demnächst von der Landwirtschaft zu zahlen ist, über die Zahlungen zum Arbeitslosenfonds, über die Verwendung der Invaliden-Versicherungsmarken und über die Krankenkassenversicherung, wobei hervorzuheben ist, daß ab 1. Oktober d. J. die Krankenversicherungspflicht für Angestellte und Arbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben über 120 Morgen in Wegfall kommt, und daß der Arbeitgeber, wenn er die Krankenversicherung bei der Krankenkasse nicht freiwillig fortsetzen will, für die ärztliche Versorgung seiner Arbeitnehmer in Krankheitsfällen selbst zu sorgen hat. Sodann hielt Direktor Baehr-Posen einen Vortrag über schwebende Wirtschaftsfragen, über Getreidevorräte, Getreidepreise und Getreideabsatz. Nachdem noch über die in den nächsten Tagen aufzulegende Staatsanleihe verhandelt worden war, schloß der Vorsitzende die Sitzung nach fast dreistündiger Dauer.

□ **Crone** (Koronowo), 24. September. Feuer vernichtete auf unaufgeklärte Weise die Einwohnerscheune des Besitzers Scherbart in Neumannsdorf.

In der Nacht zum 23. d. M. wurde bei dem Besitzer Stanislaus Latos in Abbau-Crone in die Scheune eingebrochen. Die Täter entwendeten 5 Zentner Roggen.

q. **Gnesen** (Gniezno), 23. September. In Wólka wurde der 39 Jahre alte arbeitslose Stanisław Paszkiewicz aus Posen von einem Lastauto überfahren und getötet.

Auf dem letzten Wochenmarkt wurde ein Pfund Butter mit 1,50 und 1,80 bezahlt. Die Mandel Eier kostete 1,40—1,60.

+ **Lissa** (Leszno), 24. September. Im Hotel Foest wurde am Freitag eine Haussuchung durch die hiesige Geheim- und Staatspolizei durchgeführt, die Belastungsmaterial für den schon seit Wochen in Lissa in Untersuchungshaft sitzenden deutschen Wanderlehrer Gellert hervorbringen sollte. G. hatte eine Zeit in diesem Hotel logiert und wurde dann verhaftet. Da aber die Untersuchung völlig negativ verlaufen ist, wurde der deutsche Wanderlehrer wieder auf freien Fuß gesetzt.

i **Nakel**, 23. September. Ein Einbruch wurde nachts in der Werkstatt des Sattlermeisters Dettloff in Nakel verübt, wo unbekannte Diebe einige neue Pferdegeschirre im Werte von 500 Złoty und sämtlichen Ledervorrat stahlen. Nachdem die Diebe ihre reiche Beute in Sicherheit brachten, versuchten sie noch in die Wohnung einzudringen. Sie sind aber noch rechtzeitig bemerkt worden. Sie flohen durch einen benachbarten Garten. Nach ihnen wird gefahndet. — Diebe drangen ferner in die Wohnung des Landwirts Müller aus Jeziorki-Zab. ein und stahlen aus den Schränken eine sehr beträchtliche Menge guter Wäsche, sowie einige Anzüge und aus dem Keller einige Zentner Kohlen im Gesamtwerte von 1000 Złoty. Die Diebe sind unbemerkt entkommen.

Eine seltene Begebenheit spielte sich auf dem Gutshofe des Gutsbesitzers Georg Fischer in Nakel ab, wo sich seit einigen Tagen ein Storch eingefunden hat, dem die Flügel gelähmt sind und der deshalb den Flug nach dem Süden nicht antreten konnte. Seltsamerweise ist der Storch sehr zahm und scheint sich mit den Enten und Gänsen gut angefreundet zu haben, mit denen er zusammen gefüttert wird.

Der Männergesangverein „Concordia-Liedertafel" in Nakel veranstaltete am Sonnabend, dem 23. September, im Vereinssaal Heller ein Bayerisches Erntefest, zu dem zahlreiche Mitglieder und Sangesfreunde erschienen waren. Fräulein Hildegard Brumm trug zur Begrüßung ein Erntegedicht vor, das Frau Theodora Stürtzel dem Verein widmete. Darauf begrüßte Vorsitzender Karl Isler die Gäste in kurzen Worten. Unter Leitung des Dirigenten Julius Schröter wurden dann einige Lieder vorgetragen, die großen Beifall ernteten. Ganz besonders überrascht wurden die Gäste durch den wunderschön ausgestatteten Saal. Bis zum frühen Morgen hielt dann der Tanz die Gäste in froher Stimmung beisammen.

⚭ **Pudewitz** (Pobiedziska), 24. September. Diebe drangen bei dem Villenbesitzer Krobski in der vergangenen Nacht in den verschlossenen Schweinestall ein und stahlen zwei Läuferschweine im Gewicht von 160 Pfund.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 27. September.

Deutschlandsender.

06.20: Konzert. 09.00: Schulfunk: „Gneisenau". Ein Lebensbild des großen preußischen Soldaten. 09.45: Kindergymnastik. 10.10: Für unsere Jugend. Der Kammerchor des Deutschlandsenders. 11.00: Fröhlicher Kindergarten. 11.30: Frauen helfen einander. 12.00 ca.: Schallplatten. 14.00: Konzert (Schallplatten). Meister ihres Fachs. 15.00: Kinderstunde. 15.45: Von der Liebe. Briefe deutscher Mystiker. 16.00: Von Hamburg: Konzert im Herbst. 17.00: Jugendstunde. Gedenkstunde „Hermann Löns". 17.30: Tanzmusik. 18.05: Was uns bewegt. 18.35: Obering. Nairz: Viertelstunde Funktechnik. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Frankfurt: **Motoren.** 20.00: Kernspruch. Anschl.: A. d. Städt. Oper: I. **„Cavalleria rusticana"**, Oper in einem Akt von Mascagni. II. **„Der Bajazzo"**, Oper in zwei Akten von Leoncavallo. 22.15: Nachrichten, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.05: Schallplatten. 06.20: Konzert. 10.10: Mensch und Welt. 11.00: Schulfunk. 12.00: Die fröhlichen Fünf. 13.30: Konzert. 14.00: Schallplatten. 15.50: Jugendfunk. 16.45: Frauenstunde. 17.05: Vesperkonzert. 18.15: Dichterstimmen auf der Schallplatte. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Frankfurt: **Motoren.**

Königsberg-Danzig.

06.20—08.00: Konzert. 11.05: Von Danzig: Forstfunk. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Lehrerstunde. 16.30: Unterhaltungskonzert. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Frankfurt: **Motoren.** 20.10: **Tanzabend.**

Leipzig.

06.20: Konzert. 10.45: Dienst der Hausfrau. 12.00: Konzert. 15.00: Junge Künstler stellen sich vor. 16.00: Für die Jugend. 18.00: Welt von oben. 18.20: Schallplatten. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Frankfurt: **„Motoren".** 20.00: **Volkstümliches Konzert.** 21.00: **„Konjunktur".** Ein Hörspiel von Dietrich Loder.

Warschau.

12.05 und 14.55: Schallplatten. 16.00: Schallplatten. 17.15: Solistenkonzert. 18.40: Leichte Musik. 20.15: **Konzert der Vereinigung „Für alte Musik".** Kammerorchester und Orgel. 22.00: Tanzmusik. 22.40: Tanzmusik.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: i. V. Marian Hepke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 220.

Statt Karten!
Als Verlobte grüßen:
Emmy Krenz
Franz Siebernick
Rynarzewo (Netzwalde) — Stanisławka (Zweidorf)
im September 1933. 3363

Auktionshaus Gdańska 42.
Im Auftrage habe billig abzugeben: **Herrenzimmer, Eßzimmer, Bürotisch, Empire-Salon, Danziger Schrank, Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Spiegeltüren, Dekorationsfiguren, Einzel-Möbel und dergl. mehr.**
6877 **Antoni Mroczyński, Auktionator.**

FLIESEN
weiß und farbig glasiert für Wandbeläge, Steinzeugfußbodenplatten u. Korkplatten liefert mit fachmännischer Ausführung
Feliks Pietraszewski,
Bydgoszcz, Gdańska 22. Tel. 2229. 6840

Möbel
6361 Große Auswahl
Niedrige Preise
Solide Ausführung
nur bei der Firma
Gebrüder Tews
Toruń, ul. Mostowa 30.

Neu eröffnet! 6241
„Warszawski Skład Futer"
empfiehlt in großer Auswahl
Damen-Pelze
sowie **Felle** jeglicher Art zum Besatz.
Toruń, Łazienna 28.

Eingetroffen die neuesten **Herbststoffe u. Modelle**

Verkauf von Stoffen und Seiden zu billigsten Preisen.

Hallmich
Maß-Geschäft 8504
für Kostüme und Mäntel :: Reitkostüme und Pelzbezüge.
Telefon 1385. **Bydgoszcz,** ul. Gdańska 30. Gegründet 1907.



Zur Herbstpflanzung liefert aus sehr großen Beständen der neuen Baumschulen-Anlagen in wirklich erstklassiger, garantiert sortenechter Ware zu niedrigen Preisen sämtliche 6688
Obst- und Alleebäume, Frucht- und Ziersträucher, Heckenpflanzen, Coniferen, Rosen etc.
Aug. Hoffmann, Gniezno, Tel. 212 Baumschulen und Rosen-Großkulturen
Sorten- u. Preisverz. in poln. u. deutsch auf Verlangen gratis.

Original
F. v. Lochow's Petkuser Winterroggen
winterfest — lagerfest — hohe Erträge
empfiehlt
Posener Saatbaugesellschaft
Spółdz. z ogr. odp.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 13. 6778

DANZIGER WERFT
BAUT
KÜHLANLAGEN
für
MARKT- und FISCHHALLEN, SCHLACHTHÖFE
BRAUEREIEN, MOLKEREIEN 2756
SCHOKOLADENFABRIKEN
HOTELS, RESTAURANTS, KONDITOREIEN
FLEISCHEREIEN, WURSTFABRIKEN
KRANKENHÄUSER, PENSIONATE
KÜHLAUTOMAT „GLACIA"
GEEIGNET für KLEIN- u. MITTELBETRIEBE
ZENTRALE: DANZIG, WERFTGASSE 4.
TEL. 23441-47. TELEGRAMME: DANZIGER WERFT.

Erteile: **Gymnasial-Lehrunterricht, Nachhilfestunden, Vorbereitungen, Fremdsprachenkenntnis, Annahmen, Kurse, Internat. Glatzel, Bydgoszcz,** ul. Długa 28. 6858

Erfolgr. Unterricht i. Englisch u. Französisch erteilen T. u. A. Furbach, **Cieszkowskiego 24, I lks.** (früh. 11). Französisch-englische Uebersetzung. Langjähr. Aufenth. in England u. Frankreich.

Die dressurmäßige **Ausbildung** von rohen u. angerittenen Pferden zu
Reitpferden
übernimmt gegen Erstattung von Futter- und Pflegekosten qualifizierter Reiter (Herren-Reiter). Stall u. auch Reitbahn stehen zur Verfügung. Angebote unter **Z. 6875** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Bielitzer Stoffe
direkt an **Private**, moderne Muster für **Herren- und Kinder-Anzüge.** Erstklassige Kammgarne v. zł 19.- per 1 m. Versand nur per Nachnahme. Verlangen Sie kostenl. u. unverbindl. Muster von der Firma 5387
Wiktor Thomke,
Bielsko-Kamienica.

Heirat

Welches liebe Mädel
wünscht sich in Deutschland mit einem **Landwirt,** der eine 90 Morg. große Landwirtschaft kaufen will, **zu verheiraten?** Derselbe ist 33 Jahre alt, stattliche Erscheinung, imponierendes **Wesen,** Größe 1,70 m, Sturmabteilungsmann und dunkelblond. Vermögen erwünscht, jedoch nicht erforderlich. Damen, mit dunkelblondem bezw. schwarzem Haar bevorzugt, woll. ihre werten Zuschriften mit Bild, welches ehrenwörtlich zurückgesandt wird, unter Chiffre **„M. Waldemar K. 35** postlagernd **Baldenburg Westpreußen"** einsenden. 6813

Aeltere Dame (Gesch.-Inhab.) sucht gebildet.
Lebensgefährtin
im Alter von 50—58 J. Offerten unter **A. 3338** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

„Postep" behördlich genehm. **Ehevermittlung** für alle Stände. **Bydgoszcz,** Gdańska 67. 3149

Geldmarkt

Erstkl. Hypothek von 10000 Goldzł, 6% Zins., fällig am 1. 10. 34, preiswert zu verkauf. Off. u. **J. 3298** a. d. Geschst. d. Z.

Anleihe **3000-4000 zł** geg. gute Sicherh. sucht **einen Geldgeber.** Off. u. **F. 3279** a. d. Geschst. d. Z.

Suche **3-4000 zł** Sicherh. als Proz. volle Verpflegung. Off. unt. **K. 3366** a. d. Geschst. d. Z.

Suche 2—5000 zł geg. hypothek. Sicherh., nach Goldwährg. Off. an Schließfach 82, Bydgoszcz I, erb. 3354

Offene Stellen

Dom. Wybcz, powiat Toruń, sucht z. 1. Nov. evangl., zuverl. 6847
Hofbeamten,
d. auch d. Gutssekretärarbeiten übernimmt u. d. poln. Sprache in Wort u. Schrift mächtig ist. Schriftl. Meld. mit Lebensl., Abschrift. der Zeugnisse und Gehaltsforderungen erbeten.

Jünger. Gehilfe
für uns. Getreidegesch. per 1. Oktober gesucht. **Görsdorfer Mühlenwerke,** G. m. b. H., **Chojnice.** 6868

Suche Mahlmühlenfachmann zw. Auf- u. Ausbau zeitgem. Windrose- und Dampfaush.- Mahlmühle sowie deren ration. Betrieb mit entsprech. Kapit.-Beteilig. Klare ausführl. Angeb. erb. **Robert Eggebrecht, Wieleń n. Notecią.** Gegr. 1904. 6862

Zum 1. Oktob. od. später **verheirateter**
Revierförster
mit nur Ia Empfehl. u. Zeugniss. bei bescheiden. Ansprüchen **gesucht.** 6827
Majoratsverwaltung Orle, poczta Melno, powiat Grudziądz.

Einen ledigen 6861
Melker
sucht **Heinrich Bigalke, Słupówko, p. Mrocza.**

Sohn achtbarer Eltern, der das 3336
Schneiderhandwerk
erlernen will, kann sich sof. meld. b. Schneidermeister **Johann Kelm, Bydg.,** Grunwaldzka 26

Zu sofort wegen Erkrankung in all. Zweig. eines größeren Landhaushalts erfahrene, evangelische, tüchtige
Wirtschafterin
eventl. Vertretung ges. Offerten unter **O. 6832** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Jüngere, einfache
Stütze
die Kochen und Backen versteht, sich vor keiner Arbeit scheut, per sofort für größer. Gutshaushalt gesucht. Off. unt. **B. 6873** a. d. Geschst. d. Z.

Fräulein bis 16 Jahr. gesucht, das gut häkeln und stricken kann. Wo? Zu erfr. in d. Geschäftsst. d. Zeitg. 3365

Achtung!
Fräulein können in 8 Tagen die **Glanzplätterei gründlich erlernen.** Honorar 15 zł. Nur bei 3297 **Frau Czerwińska,** Sniadeckich 31, 2 Tr.

Suche sofort od. später ehrl., sauberes **Mädchen** für Haushalt und Federvieh. 6872 **Maschke, Buk** p. Jabłonowo (Pom.)

Stellengesuche

Evgl., strebsam. **Landwirtssohn,** 32 J. alt, m. später. Barvermg., dem es a. Damenbekanntsch. mangelt, **sucht passende Stellg.** als **Wirtschafter,** wo Gelegenh. gebot. w., sich näher kenn. zu lern. **zw. später. Einheirat.** Gefl. Off. unt. **B. 3340** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Suche f. meinen Sohn, der 1½ Jahre **Eleve** gewes. u. d. seine Militärpflicht gen. hat, **Stellg.**
als 2. Beamter
od. **unterm Chef selbst** auf Gut von 500—1000 Morg. Angeb. an 6822 **Rasmus, Przepałkowo,** pow. Sępólno, Pom.

Pergamentpapier
und Glashaut
für 7548
Einmachgläser
A. DITTMANN T. Z O. P.
BYDGOSZCZ Marsz. Focha 6 - Tel. 61

Brennerei-Verwalter
verh., tücht. Fachmann, vertr. mit landwirtsch. Buchführ., elektr. Kraft- u. Lichtanlage, d. dtsch. u. poln. Sprache i. Wort u. Schrift mächt., **sucht Dauerstellung.** Übernimmt a. Nebenbeschäftig. Gefl. Off. erb. **B. Neldner, Bukowiec** (poczta), pow. Swiecie, Pom. 6869

Landwirtssohn
22 J. alt, sehr energisch, der deutsch. u. polnisch. Sprache in Wort und Schrift mächt., 3 Jahre praktisch, **sucht Stellung** von sofort oder später
als Eleve.
Offerten unter **T. 6865** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche von **sofort** oder später auf einem Gut
Stellung als Eleve.
Landw. Wintersch. in 2 Semest. absolv. **Hugo Schönrock, Lub. Lipiny,** p. Swekatowo, powiat Swiecki. 6819

Buchhalter
firm in der Buchführg., guter deutsch-polnisch. Korrespondent, flotter Maschinenschreib. und Stenogr., sucht Stellg. Offerten unt. **W. 6874** an die Gst. dieser Ztg.

Junger Mann
aus d. Kolonialwaren-, Eisen- u. Restaurations-Branche **sucht** v. sofort oder später **Stellung.** Ang. u. **G. 6806** an die **Geschäftsstelle** d. Ztg.

Bürogehilfe
21 J., **sucht von sofort Beschäftigung.** Habe 3½ Jahre praktisch bei der Eisenbahnsignal-Baumeisterei gearbeit. und bin der poln. Sprache in Wort u. Schrift mächt. Offerten unter **M. 6655** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Meisterssohn, 28 Jahre, evgl., tücht., ehrl., zuverläss., flotter Exped., mit all. ins Fach schlag. Arbeit. sow. Walzenriff. vertraut, **sucht Stellung**
als Werkführer oder erster Müller
zu sofort od. spät. Frdl. Angebote unt. **K. 6646** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Verheirat., evangelisch.
Schmied
28 Jahre alt, **sucht Stellung** auf Gut, Dorf od. sonstig. Betrieb. Bin bewand. in all. Schmiedearbeit. sow. Maschinenreparatur. Habe lange Jahre in groß. Betrieb. gearbeitet. Eig. Handwerkszeug vorhanden. **Erich Gieske, Czarnków,** ul. Ogrodowa 1. 6639

Chauffeur
evgl., verh., deutsch u. poln. sprech., mit sämtl. Wag. vertr., **sucht Stellung,** evtl. mit Kaution. Offerten unter **T. 3324** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gärtner
26 Jahre alt, in größer. Gärtnereien selbständ. gearbeitet, **sucht** m. gut. Empfehlungen zum 1. Oktbr. 33 oder später
Stellung.
Offerten unter **C. 6777** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Wirtin
perfekt in all. Zweigen ein. Landhaush., sucht v. sof. od. 1. 10. Stellung. Offerten unter **M. 3309** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche ab 15. Okt. oder spät. Stellg. als **Wirtin** oder **Stütze.** Bin in jeder Arbeit erfahren. Gute Zeugn. vorhand. Gefl. Off. b. z. richten an **P. Wegner, Chełmno** Dworcowa 19. 6866

Förstertochter aus Pommerell., 26 Jahre, arbeits., kocht gut, sucht Stelle zur selbst. Wirtschaftsführ., a. liebst. a. d. Lande. Off. u. **M. 6818** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Besseres, evangelisch. **Mädchen** **sucht** von sof. oder 1. 10. **Stellung**
als Haustochter
wo sie unt. Leitung der Hausfrau das Kochen erlernen kann. Taschengeld und Fam.-Anschl. erw. Pomorze bevorz. Gefl. Offert. u. **S. 6838** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Ehrliches, sauberes **Mädchen** v. Lande, das sich vor kein. Arbeit scheut, mit sämtl. städt. und ländl. Hausarb. vertr., dtsch. u. polnisch sprechd., gute Zeugnisse, **sucht** vom 1. 10. od. spät. **Stellung,** am liebst. a. d. Lande. Offerten unter **L. 6812** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Alleinstehende Frau sucht Stelle **als Wirtschafterin** bei einzeln. Herrn oder Dame. Off. unt. **Z. 6754** a. d. G. d. Z.

Besser. Mädchen, 17 J. alt, **sucht Stellung** als **Lehr- oder Kindermädchen.** Offert. unt. **O. 3314** a. d. Geschst. d. Z.

Junges Mädchen, welch. d. Hausschule besucht hat, **sucht Stellung** als **Haustochter** od. zu Kindern. Off. u. **Z. 3334** a. d. Geschst. d. Z.

Waise, 22 J. alt, **sucht** vom 1. oder 15. Oktober Stellung als
Hausmädchen
Etwas Kochkenntnisse vorhanden. Off. unter **H. 6807** a. d. Geschst. der Deutsch. Rundsch. erb.

Ehrliches, anständig. **Mädchen** **sucht Stellung** von sof. od. später als **Stuben-** od. **Hausmädchen.** Etw. Näh- und Kochkenntn. Zeugnisse vorhanden. Offerten unter **S. 3323** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Landwirtstochter sucht Stellung
zur Erlernung d. Wirtschaft in Stadt- oder Pfarrhaushalt. Etwas Taschengeld erwünscht. Angebote unt. **J. 6810** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Büro- oder Haus-Reinigung, auch Wäschewaschen in u. außer dem Hause übernehme billig 6792
Marsz. Focha 5, W. 6.

An- u. Verkäufe

Privat - Wirtschaft
schuldenfrei, 147 Morg. Weiz.- u. Roggenboden m. gut. Invent. u. gut. Gebäuden zu verkauf. Anzahlg. 15000-20000 zł Off. u. **F. 3353** an d. Gst.

Erben verkaufen 6682
Landwirtschaft mit voller Ernte
100jähr. Familienbesitz, hypoth.- u. schuldenfr., ca. 90 Morg. groß, in gut. Kult., lebend. und totes Invent. reichl. vorhanden, Insth. für 2 Einw., sämtl. neue, mass. Geb., gute Hofl., gr. Garten, Wohnh. 7 Zimm. u. ger. Diele, ca. 5 km z. Bahn u. Kirche. Näh. Auskunft erteilt **Helene Albrecht, Karlikowo,** poczta Krokowo, powiat Morski.

Zinshäuser Landwirtschaften Villen
günst. zu verkauf. 3342
Matek, Gdańska 46.

Haus und **Küchengerätegeschäft** mit 3-Zimm.-Whg. sof. zu verkaufen. Off. unt. **E. 3350** an d. Gst. d. Z.

Nehmen ständig in Kommission:
Möbel aller Art, ganze Einricht., Waren aller Art, Glas, Kristalle, Porzellan. 6876
Auktionshaus Gdańska Nr. 42.

Tauschgelegenheit in Deutschland!
Sichere Existenz in Deutschland: **Geschäftshaus** mit 25 Zimm., gut eingeführt. u. gut eingericht. **Lebensmittelgesch. geg. etw. Passendes in Polen zu tauschen gesucht.** Off. an L. Szudzichowski, **Dbg.-Hamborn,** Albrechtstraße 3. 6844

Fortepiano Eiche, ×saitig, gut. **Damenrad** (Jungmädchenr.) zu verkauf. **Garbary 12, W. 5.** 3347

Großen **Bechstein-Konzertflügel,** neuwertig., verkauft günst. **B. Sommerfeld,** Pianofabr., **Bydgoszcz,** Sniadeckich 2. 6879

Verkaufe billig:
Schreibmaschine,
Schneider-Maschine, Teppich, Sofas, Sessel, Spiegel und viele and. Mahagonimöbel. 3352
Pomorska 32, (Laden).

Zu kaufen gesucht
3½-5-to-Lastauto
luftbereift, i. gut., fahrbar. Zustande. Ang. u. **S. 3362** a. d. Geschst. d. Z.

Landauer
gut erhalten, **verkauft** spottbillig 6691
F. Davis, Swiecie n. W.

Kutschwagen
billig zu verkauf. 3364
Hetmańska 25.

Mod. Kinderwagen und Eichkätzchen
mit Gebauer zu verkf.
Długa 78, 3367
Eingang Pod Blankami

Sauggasmotor
75 H. P. Deutz. 2 vierteilige **Plansichter** neu abzugeb. Off. unt. **D. 3349** an d. Gst. d. Ztg.

Roßwerke
verkaufe infolge günst. Einkauf bis 40% unt. Fabrikpreisen: 1-Spänner ca. 380 kg 218.— zł, 2-Spänner ca. 460 kg, 40 Touren 248.— zł, 3-Spänner ca. 530 kg, 42 Touren 287.—zł, 3—4-Spänner ca. 590 kg, 42 Touren 308.— zł, 4-Spänner ca. 680 kg, 42 Touren 438.— zł, 4—6-Spänner 42 Touren ca. 720 kg, 478.—zł, 6—8-Spänner ca. 820 kg, 44 Touren 528.—zł, 8-Spänner ca. 1450 kg, 44 Touren 848.— zł. Preise ab Fabrik mit Zubehör ohne Deichseln mit 1-jährig. Garantie. Desgl. Drillmaschinen und Breitsäemaschin. 35% unter Fabrikpreisen. 6543
J. RYTLEWSKI,
Swiecie n. W., Tel. 88.

Suche Stammbohlen
Rotbuchen 68—72 mm, **Birken** 65, 80, **Eichen** 10, 13, 65, 80, **Weißbuchen** 52, 65, **Eichen** 65, 80, **Pappeln** 10, 13, 30, 35, **Ahorn** 65, 80 mm zu kaufen. 6863
Robert Eggebrecht, Wieleń n. Notecią.
Gegr. 1904.

Obst alle Sort. kauft ständig **„Winiak"**, Pomorska 1. **Offerten erbeten.** 3369

Trockene, gesunde
Zittauer Speisezwiebeln
mittelgroß, à 50 Kilogr. 7 zł inkl. Sack. Versand gegen Nachnahme.
Tiahrt, Rozgarty
poczta Rudnik,
pow. Chełmno. 6803

Wohnungen

5-Zimm.-Wohnung m. Bequeml., reichl. Zubehör, sonnig, Balkon, keine Renovierungskosten, ab 1. 10. zu verm. **Chodkiewicza 5, II Tr.** Telefon 22. 3356

2 leere Zimmer
abzugeben 3368
Sw. Trójcy 25, Wohn. 2.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer
m. sep. Eing. bill. zu vermiet. **Chełmińska 4, W. 3.** 2847

Junges Mädchen
als **Mitbewohnerin** ges.
3361 **Pomorska 3, W. 4.**

Pachtungen

Landwirtschaft
30—50 Morg., per sofort **zu pachten gesucht.** Off. unt. **U. 6867** an die Geschäftsstelle dies. Zeitg.

Unbebaut., an gepflast. Straße, v. 2½ Seiten Draht gezäunt., auf ein. Seite a. Wasser liegend.,
4½ Mrg. Land
sofort an zahlungsfäh. Pächter **zu verpacht.** Zu erfragen **Bydgoszcz,** Szubińska 15, **Herzberg.** 3359

Gut eingeführte
Stellmacherei
im Zentrum d. Dorfes, wo keine Konkurrenz ist, von sofort zu verpacht. evtl. zu verkaufen. Nur an Evangel. Offerten unter **K. 6811** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Müller, selbständiger, **sucht Stellung** oder **kleinere Mühle** **zu pachten.** Rakowski, **Wąwelno** (Wyrzyk) 3360

Pensionen

Vornehme, christliche
Schüler-Pension
Louise Toepper, Oliva, Pommerschestr. 166. 5650

Pommerellen.

25. September.

Graudenz (Grudziądz).

Die Gartenbau-Ausstellung,

die zur Zeit, bis einschließlich Dienstag abend, im Saale und Garten des Restaurants „Tivoli“ zu sehen ist, weist zwar weniger Aussteller als ihre vor zwei Jahren stattgefundene Vorgängerin auf, gibt aber trotzdem ein stattliches Bild von Tüchtigkeit und Fortschritt des hiesigen Gärtnergewerbes. Sonnabend nachmittag 4 Uhr wurde die Schau durch Stadtpräsident Włodek und Pfarrer Geistl. Rat Partyka mit kurzen Ansprachen eröffnet, in denen die Redner das hohe Können der Aussteller, wie den erzieherischen und sozial-charitativen Wert der Schau gebührend betonten. Es schloß sich daran ein Rundgang der geladenen Gäste und Pressevertreter durch die Ausstellung.

Der große Saal nimmt diesmal, abgesehen von Bühne und linker Schmalseite, die größte hiesige Gartenbaufirma T. French ein. Gleich beim Eintritt schweift der Blick entzückt über die drei großen, ein einheitliches Ganzes bildenden Teppichbeete. Neben dem gartenarchitektonisch erlesenen Arrangement ist es besonders die Pracht der üppigen vielfarben leuchtenden Dahlien, der zarten Chrysanthemen, der stolzen Palmen und der anderen schönen Kinder der Herbstflora, die das Augen gefangen nimmt. Reizvoll und imposant präsentiert sich auch in der Fülle der Blumen aller Art die Kollektion von Zimmerpflanzen, die diese Firma an der rechten Saalseite darbietet. Im ganzen ein Bild hervorragender Leistungsfähigkeit. Die Bühne zu schmücken hat dieses Mal wieder die Firma Max Riedel auf sich genommen und ein recht schön anmutendes, aus Lorbeerbäumen und Palmen, die eine Auslese gut gezogener Blumen mehrfacher Art sinnvoll einrahmen, sich zusammensetzendes Schmuckgebilde geschaffen. Bei Jan Lewandowski fesselt den Beschauer insonderheit die prächtige Kollektion Kakteen. Nicht nur der fachmännisch geschulte Freund der stachligen Naturkinder erkennt, daß hier etwas Hervorragendes gezeigt wird. Sonst bietet die Firma Lewandowski noch Palmen, Lorbeerbäume, Dahlien usw., die nicht minder gefallen.

Die Veranda hat diesmal die Firma Leonard Makowski inne. Sie zeigt in erster Linie eine aus Moos, Kiefernzapfenschuppen usw. geformte kleine Kapelle. Des weiteren bemerken wir dort neben anderem Wertvollen feine Produkte der Bindekunst, der Friedhofsgärtnerei.

Im Garten dominiert die Stadtgärtnerei. Sie hat ein interessant und ästhetisch wirkendes Vorgärtchen geschaffen, außerdem das Musikpodium in ein anziehendes Gewand gekleidet, das ihrem Schönheitssinn das beste Zeugnis ausstellt. Die kleine Veranda neben dem Garteneingang füllt die Firma Stefan Rosiński aus. Die erste Stelle nehmen hier zwei Gemüsebeete ein, die das Praktische mit dem das Auge Erfreuenden vereinen.

Zwei weitere solche, aus Gemüseprodukten gebildete Beete weist sodann die Ausstellung im Gartenfreien auf, und zwar je eins von den Firmen Makowski und Rosiński — in der Tat eine leckere Gartenkunst. Als letzter Aussteller ist die Baumschule Okonin (Bronisław Nowacki) zu erwähnen. Sie zeigt eine größere Anzahl von gut gezüchteten Obst- und Zierbäumchen.

Der Besuch der Ausstellung, von der hier nur eine ganz kurze Skizze gegeben worden ist, war am Eröffnungstage allerdings gerade nicht imponierend. Sie verdient entschieden größeres Interesse. *

× **Steine auf den Schienen.** Freitag vormittag zwischen 9 und 10 Uhr traf auf der Strecke Goßlershausen (Jabłonowo)—Zawada-Wolla (Zawadzka Wola), Kreis Graudenz, eine von Goßlershausen kommende Draisine zwischen den Stationen Buk Pomorski und Szarnów auf einige auf den Schienen liegende Steine. Dadurch entgleiste die Draisine, ohne daß aber ein wesentlicher Schaden angerichtet wurde. Nachdem die Maschine wieder auf die Schienen gesetzt war, konnte sie ihren Weg fortsetzen. Nach den leichtfertigen oder böswilligen Menschen, welche die Steine auf die Schienen gelegt haben, fahndet die Polizei. *

× **Störende Rauchwolken.** Lebhaft Klage führen die Anwohner der Piłsudskistraße und deren nächster Nachbarschaft darüber, daß auf dem Gebiet der dortigen Heimstätten in den Abendstunden Feuer angezündet werden, von denen der scharfe, beizende Rauch zu den in der Nähe befindlichen Häusern dringt und deren Bewohner arg belästigt. Sie müssen dann schleunigst die Fenster schließen, wollen sie nicht, daß die dichten Schwaden in die Wohnungen gelangen und dort gesundheitlichen und materiellen Schaden anrichten. Unter dem Übelstande leidet z. B. auch das Starostwo. Um so mehr hoffen die Betroffenen, daß vom Chef dieser Behörde Maßnahmen getroffen werden, durch die die abendlichen „bengalischen Feuer“ mit ihren schädlichen Folgen unterbunden werden. *

× **Schwer mißhandelt** wurde der Landwirt Józef Dekarski aus Schöntal (Dusocin), Kreis Graudenz, durch seine Berufsgenossen Siwon und dessen Sohn. D. erhielt bei der Affäre eine Reihe empfindlicher Verletzungen, die ihn vier Wochen lang zur Arbeit unfähig machten. Was den Anlaß zu der durch Vater und Sohn ausgeübten rohen Handlungsweise gegeben hat, ist vorläufig unbekannt geblieben. Jedenfalls aber werden sich die Täter vor Gericht zu rechtfertigen haben. *

t **Der Sonnabend-Wochenmarkt** brachte wieder reichliche Zufuhr, doch ließ der Marktgang zu wünschen übrig. Viele Rückstände wurden wieder nach Hause genommen. Butter kostete 1,40—1,60, mittags zahlte man nur 1,20—1,30, Eier 1,20—1,40, Weißkäse 0,10—0,60, Weintrauben 0,60—0,80, Äpfel 0,15—0,35, Birnen 0,10—0,35, Pflaumen 0,25—0,35, Tomaten 0,15—0,20, Preißelbeeren 0,50—0,60, Zitronen Stück 0,15, Rosenkohl 0,25, Weißkohl 0,03, Rotkohl 0,05—0,07, Schnittbohnen 0,10, Spinat 0,20—0,25, Blumenkohl 0,20—0,60, Zwiebeln Pfund 0,10—0,15, Rote Rüben, Mohrrüben 0,10, Kartoffeln Zentner 2,50, Pfund 0,03; Steinpilze 0,35, Reizker 0,30, Butterpilze, Grünlinge 0,15—0,20. Gänse kosteten pro Pfund 0,60—0,80, Enten Stück 2—3,50, Suppenhühner 2,50—3,50, junge Hühner 0,90—1,80 das Stück, Tauben das Paar 0,80—1,00, Rebhühner 0,75. An den Fischständen gab es Zander zu 1,30—1,50, Aale 0,70—1,00 (mittlere Exemplare), Hechte 1,20, Bressen 0,70—0,80, Zehrten 0,70, Plötze 0,50, Krebse die Mandel 0,60—0,75. *

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Die bekannte Konzertsängerin Erica Biging-Mann aus Posen (Sopran) macht auch die „Fahrt ins Blaue“ mit und wird, damit keine Pausen in den Darbietungen der Tanz- und Gymnastikschule Edith Jahn, Zoppot, entstehen, einige Lieder vortragen. In allen Kritiken wird ihre besonders klangschöne und biegsame Stimme hervorgehoben, so daß die Künstlerin überall stürmischen Beifall erntete. Es wird also bei dieser „Fahrt ins Blaue“ auch ein erlesener musikalischer Kunstgenuß geboten, den sich niemand entgehen lassen sollte, besonders da wir hier sehr selten Gelegenheit haben, eine solche Künstlerin zu hören. Die Wandervögel-Gruppe wird in diese musikalischen Darbietungen durch ihre Gesänge Abwechslung hineinbringen. Die verbilligten Wochenend-Fahrkarten ermöglichen es auch jedem, „Die Fahrt ins Blaue“ mitzumachen. Einladungen werden nur durch den Vorsitzenden Arnold Kriedte, Grudziądz, Mickiewicza 10, ausgegeben; ohne Einladung wird keine Fahrkarte verkauft. (6723 *

Thorn (Toruń).

‡ **Eine neue Hochwasserwelle der Weichsel** ist im Anmarsch. Von Freitag bis Sonnabend früh ist der Wasserstand bereits um 33 Zentimeter auf 1,06 Meter über Normal angewachsen. An demselben Tage hatte er in Warschau eine Höhe von 2,20 Meter über Normal. — Aus Warschau trafen ein: Schlepper „Lubecki“ und die Personendampfer „Eleonora“ und „Batory“, die sämtlich nach Danzig weiterfuhren, ferner Dampfer „Hetman“, der wieder nach Warschau zurückdampfte. Mit demselben Ziel startete Schlepper „Nadzieja“ mit einem Kahn von hier. Auf der Fahrt von Danzig zur Hauptstadt passierten die Personen- und Güterdampfer „Bajka“ und „Witeź“. * *

t **Standesamtliche Nachrichten.** In der Woche vom 10. bis 16. September gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung und Registrierung: 29 eheliche Geburten (12 Knaben und 17 Mädchen), darunter eine Zwillingsgeburt (Mädchen), 2 uneheliche Geburten (Knabe und Mädchen), 18 Todesfälle (10 männliche und 8 weibliche Personen), darunter 4 Personen im Alter von über 60 Jahren und 9 Kinder im ersten Lebensjahre. In demselben Zeitraum wurden 3 Eheschließungen vollzogen. * *

t **Der Verband der Gas- und Wasser-Ingenieure** hatte Thorn, die 700 Jahre alte Stadt, als Ort der Vorstandstagung gewählt, die am Freitag im Magistratssitzungssaale stattfand. Stadtpräsident Bolt begrüßte die aus der ganzen Republik erschienenen Delegierten. Die Beratungen galten neben Berufsfragen dem Schutz von Gasometern, der Legalisierung von Wassermessern und Gasuhren sowie dem Transport von Kohle. Besichtigt wurden die hiesige Wasser- und Gasuhrenfabrik, die Gasanstalt und das Wasserwerk. Den Abschluß der Tagung bildete ein Beisammensein im „Artushof“ * *

‡ **Eine etwa einstündige Unterbrechung** der elektrischen Stromzufuhr trat Freitag nachmittag während des wolkenbruchartigen Regens auf der früheren Wilhelmstadt ein. Die Häuser, darunter auch das Militärspital, lagen vollständig im Dunkeln. * *

ef. **Briesen** (Wąbrzeźno), 24. September. Unbekannte Täter stahlen dem Landwirt Cwierdziński in Lisewo eine größere Menge Garderobe.

Am hellen Tage überfallen worden zu sein, gab ein Arbeiter des Besitzers Bobrowski in Masanken an. Dabei hatte man ihm angeblich das über 100 Złoty betragende Milchgeld seines Brotherrn geraubt. Polizeiliche Nachforschungen ergaben jedoch, daß der Arbeiter den Überfall nur vorgetäuscht hatte, um das Geld behalten zu können.

Diebe statteten der Wohnung des Landwirts Prabucki in Neudorf einen unerwünschten Besuch ab und ließen dabei eine größer Menge Wäsche, eine Herrenuhr sowie einen Browning mitgehen.

ef **Briesen** (Wąbrzeźno), 24. September. Die Stadtverwaltung gibt bekannt, daß sich der Jahrgang 1913 zur Stammrolle zu melden hat. Desgleichen haben sämtliche Personen im Alter von 23—50 Jahren, die

Ausstellung Thorner Altertümer.

Thorner Buch.

III.

Von den vielen Thorner Schriften der letzten 200 Jahre sein hier kurz nur die bekanntesten genannt, wie die von Jacob Heinrich Zernecke: Summarischer Entwurf des Geehrten und Gelehrten Thorns; das Betrübte Thorn mit der Schilderung der Vorgänge von 1724; die Thornsche Chronik, die ausnahmsweise in Berlin 1727 erschienen ist. Zernecke hatte sich in seiner Jugend in Wien aufgehalten und die Belagerung der Stadt durch die Türken 1683, also vor 250 Jahren mitgemacht! Von dorther brachte er eine alte czechische Handschrift mit, die hier ausliegt. Es liegen ferner aus die Schriften von Wernicke, Geschichte der Stadt 1838, von Samuel Thomas von Sömmering: „Über die Wirkungen der Schnürbrüste“ 1793, Verlag Berlin, Vossische Buchhandlung; von Bogumil Geltz: Das Menschen Dasein; ferner die Schriften der Prowes, des Coppernikusvereins, der 1854 hier gegründet wurde, und als Parallele dazu die Fontes des Towarzystwo Naukowa ab 1875. Im Jahre 1795 ist hier eine Münchhausenausgabe besorgt worden von Gottfried Vollmer.

Nachdenklich sinnend wird gewiß manch Deutscher auf folgende Titel schauen: Joseph von Novicki, Lehrer an den Stadtschulen zu Thorn, läßt 1824 bei E. S. Mittler in Posen erscheinen eine „Beispielsammlung (dt!!) zur Übung der wichtigsten syntaktischen Regeln der polnischen Grammatik für Anfänger“. 1825 folgt von demselben hier ein polnisches Lesebuch. 1830 erscheint von ihm: „Thornische Fibel oder Hilfsbüchlein für den ersten Unterricht im deutschen und polnischen Lesen zum Gebrauch in den Thornischen Schulen. Elementarz niemiecki-polski dla szkół Torniecckich. Thorn 1830 zu haben bei Heinrich Anger. Und wann war Thorn zu Preußen gekommen? 1793!

Von vieln Autoren sind die Bildnisse den betreffenden Werken beigegeben; wo das nicht der Fall ist, sind doch häufig besondere Bilder ausgestellt. In vielen Fällen ist es gelungen, zu dem betreffenden Werk des Verfassers neben seinem Bildnis gar eine Probe seiner Handschrift mit auszulegen. Dies gilt u. a. auch von den neueren polnischen Dichtern Skarbek und Przybyszewski; die beide hier die Schulbank gedrückt haben.

Von den hier erschienenen deutschen und polnischen Ortszeitungen liegen je 1 Band aus, und es dürfte nicht uninteressant sein, bei dieser Gelegenheit kurz über die Geschichte des Thorner Zeitungswesens einiges mitzuteilen.

Als ältestes zeitungsähnliches Unternehmen hierselbst wären die **„Thornischen wöchentliche Nachrichten und Anzeigen“** anzusehen, die seit 1760 erschienen und in „Thorn bey Cristian Friedrich Kunzen, E. Hochedl. und Hochw. Raths und des löbl. Gymnasii Buchdrucker“ erschienen. Wie alle damalige Ortsliteratur, so stand natürlich auch diese Wochenausgabe unter der Zensur des Gymnasialdirektors. Diese Ratsbuchdruckerei erfuhr durch den Niedergang des Thorner Freistaates gegen Ende des 18. Jahrhunderts, sowie durch die Wirren zu Anfang des 19. Jahrhunderts allmählich eine Rückbildung in ein Privatinstitut und wurde 1806 dem Buchdrucker Friedrich Andreas Gruenauer in Erbpacht überlassen, der sie gar nach Bromberg überführte, aber auf Reklamation der Thorner Stadtverwaltung sie 1815 wieder nach Thorn zurückbringen mußte. Die Druckerei ging danach an seinen Neffen Heinrich Gruenauer über, der sie bis 1842 hier inne hatte. Nach mehrmaligem Besitzwechsel gelangte sie an einen Gustav Preuß, und als dieser die kaufvertraglichen Verpflichtungen nicht zu erfüllen vermochte, wurde die Druckerei 1845 von dem Thorner Buchhändler Ernst Lambeck erworben, der dann auch eine inzwischen errichtete andere Thorner Druckerei, die von Lohde, dazukaufte.

Diese Firma Ratsdruckerei Ernst Lambeck bestand 60 Jahre; 1905 löste ein Sohn jenes Ernst Lambeck die Ratsbuchdruckerei mit der Thorner Zeitung auf: die Druckerei selbst erwarb die inzwischen hochgekommene Thorner Firma Carl Dombrowski zu ihrem eigenen Unternehmen „Die Presse“ hinzu; Die Thorner Zeitung selbst aber wurde mit der bestehenden Thorner Ostdeutschen Zeitung ver-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite.)

Graudenz.

Thorn.

sich bisher aus irgend welchen Gründen nicht zur Stammrolle gemeldet haben, dies im Laufe der nächsten beiden Monate im Rathaus, Zimmer 4, zu tun.

Diebe drangen in den Schweinestall des Besitzers Jaranowski in Piwnitz ein und stahlen ein Mastschwein im Gewicht von 2 Zentnern. — Unbekannte Täter statteten den Geflügelställen der Landwirte Makuch und Fiołek in Piwnitz einen unerwünschten Besuch ab und ließen sämtliche Hühner mitgehen.

tz **Konitz** (Chojnice), 23. September. Der heutige Wochenmarkt war nur sehr mäßig besucht. Es wurde gezahlt für Butter 1,50—1,70, Eier 1,40—1,60, Ferkel 24 bis 28 Złoty. — Es wurden gestohlen: Frau Wieckowski aus der Sozeżalna größere Mengen Äpfel und Birnen, Franciszek Daszkowski vom Georgsplatz eine Uhr aus der verschlossenen Wohnung.

Heute vormittag stieß das Personenauto des Herrn Kaźmiewski von hier mit dem Lieferauto der gleichen Firma in der Nähe von Rytel zusammen. Durch die zersplitternden Scheiben erlitten die im Personenauto sitzenden Kinder leichtere Verletzungen. Die Autos konnten die Fahrt fortsetzen.

Gestern nacht wurden aus dem Stall des Landwirts Wilhelm Wiedenhöft in Bitonja drei Pferde gestohlen. Die Diebe ließen auch das dazu gehörende Geschirr mitgehen. Anscheinend sind die Tiere über die deutsche Grenze gebracht worden.

Ein Einwohner aus Schneidemühl wurde von der Grenzpolizei beim Überschreiten der deutschen Grenze festgenommen und dem Gericht übergeben.

P. **Vandsburg** (Więcbork), 24. September. Im nahen Lubcza zerschlugen unbekannte Täter dem Besitzer Thomas ein Pflugschar im Werte von ca. 125 Złoty.

Auf dem letzten reichlich beschickten Wochenmarkte kostete Butter 1,50, Eier 1,20 Złoty. Auf dem Schweinemarkte brachte das Paar Ferkel 20—25 Złoty.

Gedanken eines Griesgrams

über den Danziger Gegenbesuch.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die Besserung der polnisch-Danziger Beziehungen, die durch die vor einigen Tagen unterzeichneten hochwichtigen zwei Verträge unterbaut wurde, ist von der polnischen Presse überwiegend als eine Tatsache, die nicht bestritten werden darf, dem Publikum dargestellt und sogar mit einiger Wärme empfohlen worden. Immerhin gesellte man zu den begrüßenden Worten auch einen Vorbehalt über die Durchführung beider Verträge. Die Harmonie der Zustimmung zur Besserung des polnisch-Danziger Verhältnisses war nicht allein sehr durch einige Stimmen von Miesmachern und Naserümpfern gestört, denen diese ganze Annäherungsarbeit aus einem begreiflichen Grunde mißfiel. Den Leuten aus den Reihen der Linken kann es nicht behagen, daß die Polnische Regierung mit diesem Danziger Senat, der aus dem Siege der nationalsozialistischen Bewegung hervorgegangen ist, eine Verständigung erzielt hat, die nicht zu erreichen war, als über den Freistaat Danzigs Elemente verfügt hatten, welche den Kritikern der jetzigen Verträge weltanschaulich nahe standen. Seinerzeit wären die polnischen Sozialisten und Links-Demokraten bereit gewesen, Danzig viel mehr zu gewähren, als es jetzt in den eben abgeschlossenen Verträgen erlangt. Damals vermochten sie aber ihre guten Absichten nicht zu verwirklichen und begnügten sich damit, schöne Worte zu machen, welche Danzig nicht genügen konnten. Als es dann eine lange Ära der polnisch-Danziger Streitigkeiten gab, fehlte es denselben Herren erst recht an der nötigen Energie, eine Initiatave zu ergreifen. Jetzt empfinden sie Schmerz darüber, daß eine Wendung, die anzubahnen, eigentlich ihre weltanschauliche Pflicht gewesen war, von anderen, ihnen ideologisch entgegengesetzten Mächten angebahnt wird. Kein Wunder, daß ihnen die beiden Verträge als Flickwerk erscheinen müssen und sie sich im Pessimismus bezüglich ihrer richtigen Durchführung nicht genugtun können. Außerdem kommen ihnen nationalistische Bedenken hinsichtlich der Zukunft desselben Gdingens, das gerade auf der polnischen Linken eine geraume Zeit hindurch keine Begeisterung zu wecken pflegte. Denn überhaupt ist, sobald es sich um Deutschland und alles Deutsche handelt, heute die polnische Linke viel nationalistischer gestimmt, als die Berufsnationalisten es für nötig finden. Der Einfluß der weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus macht sich daher unter Benutzung verschiedener Umwege und Kanäle in Form hochnationaler und leidenschaftlich patriotischer Gefühle geltend, die sich darüber angeblich nicht beruhigen können, daß die Polnische Regierung vor dem Danziger Senat — wie das Schlagwort lautet — die Segel gestrichen hätte. Hier bietet sich außerdem die Gelegenheit, einer im Innern des Staates starken Regierung in patriotischer Umhüllung straflos Schwäche nach außen vorwerfen zu können.

Das tut der „Kurjer Warszawski", in den gelegentlich Einflüsse aus verschiedenen Weltgegenden einmünden. Das Blatt hält es für nötig, an demselben Tage, an welchem der polnische Ministerpräsident als gefeierter Gast in Danzig weilte, Polen als den in den beiden Verträgen mit Danzig überlisteten und schlecht weggekommenen Kontrahenten zu bedauern.

Die griesgrämige Betrachtung des Warschauer Blattes beginnt mit einem unverhohlenen Ausdruck der Unzufriedenheit darüber, daß sich der Ministerpräsident mit seinem Besuche in Danzig beeilt habe. Es ist, als ob der Verfasser der Betrachtung nicht davon erbaut wäre, daß der Verkehr zwischen Polen und Danzig sich jetzt in besseren Formen abwickelt. Stirnrunzelnd und voll Verdacht entwickelt er folgende Gedanken:

„Die Reise des Ministerpräsidenten Jędrzejewicz nach Danzig ist in der Weise organisiert, daß alle ihre politischen Akzente in die Augen springen, und unter diesen Akzenten tritt

die Schnelligkeit der äußeren Veränderungen in den polnisch-Danziger Beziehungen

auf den ersten Plan. Das soll und kann keinen Einfluß auf die Beurteilung des Inhalts der Ereignisse haben, der sich nicht parallel zur Änderung der Formen entwickelt. . . .:

Die freundlichen Formen sind dem Verfasser nur eine täuschende Umhüllung eines für Polen unerfreulichen Kerns. „Die öffentliche Meinung verknüpft den Besuch des Ministerpräsidenten in der Freien Stadt mit der Tatsache des Abschlusses von zwei Verträgen zwischen der Regierung der Republik und dem Senat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Eintreffen des Regierungschefs am nächsten Tage nach ihrer Unterzeichnung in Danzig den abgeschlossenen Verträgen Bedeutung verleiht, ihre Tragweite unterstreicht und sie unter einigen Hundert Abkommen und Verständigungen, die mit Danzig im Laufe der letzten zehn und etlichen Jahren unterzeichnet worden sind, heraushebt.

Wenn gewisse Symbole in auswärtigen Angelegenheiten noch irgendeine Bdeutung haben und diplomatische Gesten in eine für die Allgemeinheit zugängliche Sprache übersetzt werden können, so hat die öffentliche Meinung Grund zur Ansicht, **daß die Regierung über die letztens abgeschlossenen Verträge sehr, wahrhaftig sehr befriedigt sei.**"

Wie unbegründet diese Befriedigung nach Ansicht des Verfassers der Betrachtung im „K. W." sei, darüber belehren folgende Ausführungen:

„Sicherlich, ein Einverständnis wurde in zwei Fragen erzielt: den Polen wurden auf dem Gebiete der Freien Stadt diejenigen Rechte zuerkannt, welche ihnen auf Grund der geltenden Verträge zustanden und welche ihnen bisher boshaft abgesprochen wurden. Das ist eine Angelegenheit. Die andere betrifft die Ausnutzung des Danziger Hafens, welcher mit Gdingen auf der Grundlage der freien Konkurrenz nicht zusammenarbeiten will. Wie aus den offiziellen Communiqués hervorgeht, hat die Polnische Regierung Danzig ansehnliche Kontingente von Transporten zuerkannt, die durch seinen Hafen geleitet werden sollen. Beide Verträge scheinen nicht nur durch das gemeinsame Datum der Unterzeichnung, sondern auch durch den inneren Zusammenhang verbunden zu sein, der sich aus dem ewigen Grundsatze: „do ut des" ergibt.

Niemand kann bestreiten, daß durch Erlangung des Versprechens der Durchführung der bisher in Frage gestellten Vertragsvorschriften betreffs der Rechte der Polen in Danzig, **über die Frage grundsätzlich entschieden wurde, die unsere Arbeit gehemmt und uns dort benachteiligt hatte, wo wir bevorrechtet sein sollten.** Es ist wichtig, daß **die Möglichkeit der Entwicklung des polnischen Elements in Danzig geschaffen wurde."**

„Wir befürchten aber, daß **diese Möglichkeit theoretisch ist.** Die Verhältnisse, die seit einiger Zeit in der Freien Stadt bestehen, sind derart, daß man sich schwerlich vorstellen kann, daß das polnische Element den abgeschlossenen Vertrag werde ausnützen können. Wir verdächtigen nicht die Danziger Behörden, daß sie ein Doppelspiel treiben, indem sie den Vertrag unterschreiben und gleichzeitig mit Hilfe der scheinbar unabhängigen Kampforganisationen seine Durchführung unmöglich machen. Doch die ständig sich wiederholenden Terrorakte schaffen einen günstigen Boden für alle Annahmen, welche durch die höflichsten Ausdrücke des Bedauerns nicht bestritten werden können, die den polnischen Behörden durch die Beamten des Senats überbracht werden, des Senats, der offenbar keine genügende Autorität den Kampforganisationen gegenüber hat, welche sich doch aus dessen Wählern rekrutieren.

Für ein Versprechen — heißt es weiter — welches vorläufig wenigstens eher eine moralische Genugtuung denn einen wirklichen Nutzen darstellt,

haben wir Danzig gegenüber Verpflichtungen übernommen, welche einen sofortigen und beständigen Charakter haben.

Wir brauchen natürlich nicht hinzufügen, daß dieser Vertrag provisorische Positionen hat, daß er überhaupt für ein Jahr gilt und daß in ihm ziemlich viel Platz verschiedenen Vorbehalten eingeräumt wurde. Aber diese vernünftigen Formen **schwächen den Grundsatz der zwangsmäßigen Teilung des Warenumsatzes unter Danzig und Gdingen nicht ab. Dieser Grundsatz wurde festgelegt** und wird unzweifelhaft unsere Wirtschaft lange Zeit hindurch belasten, denn Vorrechte erteilt man leicht, aber ihre Zurücknahme gestaltet sich schwierig. **Dieser Grundsatz** wird übrigens nicht nur unsere Wirtschaft, sondern **auch unsere ganze Politik der Freien Stadt gegenüber belasten.**

Danzig hat zu einem bedeutenden Teile das erreicht, was sein wesentlichstes, ewiges Bestreben ist: Wir haben anerkannt, daß es **in gewissem Maße der zwangsläufige Vermittler in unserem Seehandel ist.** Danzig hat die freiwillig von uns anerkannte **Rechtsgrundlage** zur Erzwingung **derjenigen Vorteile erlangt, welche wir ihm bisher nach eigenem Befinden gewährt haben.**

Der Senat der Freien Stadt hat sich mit einem Schlage wirtschaftlich gestärkt und unsere Waffe abgestumpft: die politische Bedeutung Gdingens wurde eingeschränkt.

Das ist der wesentliche Inhalt des Vertrages über die Ausnutzung des Danziger Hafens. Wir glauben nicht, daß in dieser Hinsicht in Polen eine Meinungsverschiedenheit in der Öffentlichkeit bestehe, **die sich gleichfalls darüber klar ist,** daß **der politische Erfolg Danzig in einem Augenblick zugefallen ist,** in welchem das in **Entwicklung** begriffene Bewußtsein der **Abgesondertheit der Freien Stadt** vom Reiche erschüttert wurde und die **Mündung der Weichsel** unter die unmittelbare, rücksichtslose und demonstrative **Kontrolle der in Deutschland regierenden Partei** geraten ist, die diese Vorteile auf ihre **Rechnung schreiben wird.** Die „Einschränkung der politischen Bedeutung Gdingens" wäre offenbar weniger zu beklagen, wenn sie **unter anderen Umständen** erfolgt wäre, wenn es in **Deutschland nicht eine Partei** gäbe, die diesen Vorteil „auf ihr **Konto buchen** wird. . . ."

Der wesentliche Unterschied zwischen dem Standpunkte, den der Verfasser des Artikels im „K. W." einnimmt und der überragenden Auffassung, die wir der Polnischen Regierung zumuten, ist aber gerade der, daß diese an Stelle des Begriffs „Partei" — den Begriff „Deutsches Volk" setzt. Sie verhandelte mit dem Danziger Senat und damit zugleich mit dem deutschen Volke. Das gibt der Sache ein anderes Relief. —

„Ungesunde und naive Illusionen . . ."

Der Ausgleich zwischen Polen und Danzig verursacht auch der Endecja ein gewisses Unbehagen. Der ureigenste Grund dieses Unbehagens ist der, daß das Verdienst um das Zustandekommen des für Polen und Danzig ungefähr gleich vorteilhaften, zeitgebundenen Ausgleichs einer polnischen Regierung gutgeschrieben werden muß, die von der

---

einigt. Als vereinigte Tageszeitung blieb sie bis 1921 bestehen. In diesem Jahre wurde die Zeitung von einer polnischen Aktiengesellschaft erworben, die gleichzeitig das andere hier führend gewesene politische Tagesorgan, „Die Presse" angekauft hatte. Beide deutsche Tageszeitungen hörten damit auf zu bestehen. Seither hat Thorn keine selbständige deutsche Ortszeitung mehr. Ihre Nachfolgerin wurde das polnische „Słowo Pomorskie", die in der ehemaligen Presse gedruckt wird. Die Druckerei der Thorner (Ostdeutschen) Zeitung wurde ebenfalls von polnischer Seite angekauft und gibt jetzt die Arbeiterzeitung „Głos Robotnika" heraus.

Die erwähnte Thorner Ostdeutsche Zeitung stammt aus dem Jahr 1873. Es war ein freisinniges Tagesorgan, das erst ab 1879 in eigener Druckerei hergestellt wurde. Die alte Thorner Zeitung dagegen war nationalliberal im früheren Parteisinne.

Stark konservativ im früheren parteigemäßen Sinne war dagegen „die Presse", die zuerst sich „Thorner Presse" nannte. Sie war eine Schöpfung des Thorner Buchdruckers Carl Dombrowski. Dieser sehr tätige und wagemutige Gutenbergjünger, geb. 10. 4. 1819 als Sohn eines Landschullehrers in Dt. Lopatken Kreis Briesen, gestorben hier 31. Dezember 1898, war nach 5jähriger Lehrzeit beim Graudenzer Geselligen weit in der Welt herum gekommen. Noch nicht 30jährig besaß er schon die Köhlersche Buchdruckerei in Löbau Wpr. (Lubawa), die er aber nur kurze Zeit innehatte, um sich dann wieder nach Thorn zu begeben, wo er schon einmal gearbeitet hatte und zwar als Geschäftsführer erst der Lohdeschen, dann der Lambeckschen Ratsbuchdruckerei. Jene Lohdesche Druckerei war, wie schon vermrkt, dann später von Lambecks Ratsbuchdruckerei angekauft worden.

Dombrowski eröffnete 1857 in einem Hause der Windstraße (Rożna) ein bescheidenes Druckereigeschäft. Um für dasselbe eine feste Anlehnung und Stütze zu gewinnen, plante er die Gründung einer größeren Tageszeitung patriotischen Inhalts unter dem Titel: „Westpreußische Provinzialzeitung". Das Unternehmen zerschlug sich aber, weil infolge Todes eines Geschäftsfreundes es nicht gelang, 3000 Thaler „Kaution" zu stellen, die damals neben nachgewiesener Befähigung und guter moralischer Führung zur Herausgabe einer politischen Zeitung erforderlich war. Immerhin gelang es Carl Dombrowski, den kleinen Druckereibetrieb lebensfähig zu gestalten. Daß seine Fachtätigkeit einer gewissen Großzügigkeit nicht entbehrte, zeigt die Tatsache, daß in dieser Zeit hier auch Werke in hebräischer Schrift gedruckt worden sind, so ein 33 Bogen starkes Stück des Rabbiners Deutsch in Sorau, die Neuherausgabe einer jüdischen Schrift „Befestigung im Glauben" in hebräischer Sprache mit deutscher Übersetzung, ferner Schriften des anerkannten jüdischen Gelehrten Kalischer und des Rabbiners Dr. Rahmer, zu Thorn, eines „deutsch-patriotischen Mannes", wie es in der hier vorliegenden Quellenschrift heißt. Später war die Druckerei auch mit russischem Typenmaterial zum Druck russischer Werke versehen. 1864 wurde ihm der Druck des Kreisblattes übertragen. Das nächste eigene Zeitungsunternehmen, die Herausgabe eines unpolitischen, nicht kautionspflichtigen „Thorner Handels- und Intelligenzblattes" scheiterte zwar trotz anfänglichen Erfolges wegen der bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71 eingetretenen allgemeinen Geschäftsstockung. Doch wurde ihm der Druckauftrag der im Jahre 1873 von Thorner Handelskreisen gegründeten Thorner Ostdeutschen Zeitung, eines anfänglich nationalliberalen Organs, erteilt. Dies Druckrecht wurde ihm erst 1879 entzogen. Indessen hatte Dombrowski den Gedanken an eine eigene größere Tageszeitung nie aufgegeben und versucht, schon 1877 als Montagsblatt die „Thorner Presse", einen Vorläufer der späteren Tageszeitung, zu schaffen, die alle Aussicht hatte, sich schnell einzuführen. Doch mußte die weitere Herausgabe dieses neun Blattes von ihm bald eingestellt werden wegen des bestehenden Verhältnisses zur Thorner Ostdeutschen Zeitung. Darum hielt der nichtrastende Mann Umschau nach einem anderen Feld seines Betätigungsdranges und beschloß neben seinem Thorner Geschäft gleichzeitig eine Zeitung in Bromberg zu begründen. Im Herbst 1877 erschien von ihm das „Bromberger Tageblatt", das in Briesen (Wąbrzeźno) eine Sonderausgabe als „Zeitung des Culmer Landes" hatte. Das Unternehmen gedieh, obwohl in Bromberg schon die „Bromberger Zeitung" bestand und gleichzeitig mit dem von ihm gegründeten Bromberger Tageblatt auch noch eine andere Zeitung neu erschien, die „Ostdeutsche Presse", so daß Bromberg damals wie eine Zeitlang auch Thorn gleichzeitig 3 deutsche Ortszeitungen hatte. Aber der Verlust des Druckrechts der Thorner Ostdeutschen Zeitung, das ihm infolge seines eigenen Zeitungsunternehmens schließlich entzogen wurde, zwang Carl Dombrowski, sein „Bromberger Tageblatt" nach 13 monatigem Bestehen nebst dem inzwischen damit verbundenen „Inowrocławer Tageblatt" an den Buchdruckereibesitzer A. Dittmann in Bromberg — die heutige Druckerei der „Deutsche Rundschau in Polen, früher Ostdeutsche Rundschau Bromberger Tageblatt", wie es im Titel der Zeitung heißt — zu verkaufen.

Carl Dombrowski, ungebeugt durch die mancherlei Mißerfolge, gründete darauf die „Thorner Presse", deren 1. Nummer am 1. April 1883 erschien. Dieser konservativen Tageszeitung blieb endlich der Erfolg nicht versagt. 1906 übernahm sie, wie schon erwähnt, den Bestand der Thorner Ratsbuchdruckerei. Entsprechend ihrer allmählichen Ausbreitung über den Süden der ehemaligen Provinz Westpreußen und weite Bezirke der Nachbarprovinzen wurde der Name „Thorner Presse" im Jahr 1907 in den Namen „Die Presse, Ostmärkische Tageszeitung, Anzeiger für Stadt und Land" umgeändert. 1920/21 bereits verkauften die Eigentümer den Gesamtbesitz an dieselbe polnische Aktiengesellschaft, die, wie schon erwähnt, auch die Thorner (früher Thorner Ostdeutsche) Zeitung erworben hatte und nun neu das Słowo Pomorskie herausgab mit den Unter-Titeln Dziennik Toruńskie und Gazeta Toruńska. „Die Presse" hörte damit zu erscheinen auf.

1921 hörte aber auch auf die früher hier erschienene „Gazeta Toruńska", die einzige polnische Ortszeitung, die seit dem 1. Januar 1867 bestanden hatte und in der 1866 gegründeten polnischen Druckerei Buszczyński gedruckt worden war. Der jetzt im 5. Jahrgang erscheinende Dzień Pomorski wird in der Druckerei Rożnicza — Aktien-Gesellschaft hergestellt.

Endecja als — „unnational“, speziell von Dmowski sogar als antinational verschrien wird. Die Endecja wäre vielleicht über den Ausgleich außer sich vor Entzücken und würde sich nicht genugtun können im Entwurf rosiger Zukunftsbilder, wenn an Stelle des Jedrzejewicz-Kabinetts ein Kabinett bestehend aus lauter Dmowski-Schülern das Ausgleichswerk vollbracht hätte. Ebenso wie die polnischen Sozialisten gar kein Haar in der polnisch-Danziger Suppe fänden, wenn der mit Polen sich vertragende Danziger Senat nicht nationalsozialistischer Herkunft wäre. Im Mißbehagen finden sich im merkwürdigen Verein: übernationalisten, Freimaurer, Internationalisten und Juden, die an Danzig nicht geschäftlich gebunden sind, zusammen. Entgegen aller Theorie und in guter übereinstimmung mit der Praxis, die immer sehr gerne vor der Theorie davonläuft.

Da aber Politik eben Politik ist, kann die Endecja den eigentlichen Grund ihres Mißbehagens ihren naiven Anhängern nicht verraten und muß mit einem „grundsätzlichen“ Argument herausrücken, das eine optimistische Abschätzung der Bedeutung des Ausgleichs irgendwie erschweren, oder gar als politische Fußangel erscheinen lassen könnte. Das Argument, dessen sich diesmal die „Gazeta Warszawska“ bedient, ist wahrhaftig „grundsätzlicher“ Natur, denn es ist grundsätzlich geeignet, Mißtrauen sowohl auf der polnischen als auch auf der Danziger Seite zu wecken.

Das Blatt räumt zwar ein, „daß der Besuch des Ministerpräsidenten Polens in Danzig unzweifelhaft eine Feststellung der bedeutenden Besserung der Beziehungen zwischen der Republik und der Freien Stadt sei“, erhebt aber gleich darauf schwere Bedenken und warnt vor „Illusionen“. Das Blatt Dmowskis warnt: die Polen und die Deutschen, vielleicht in höherem Grade die Deutschen als die Polen. Das Blatt schreibt nämlich: „. . . Es gibt in Polen Politiker, welche die Anknüpfung guter Beziehungen zu Danzig als Einleitung zu einem Ausgleich mit Deutschland ansehen . . . Wir hier (dagegen) sind darüber befriedigt, daß sich die Verhältnisse zwischen Polen und Danzig auf neuen Grundlagen gestalten. Wir sind überzeugt, daß ein gutes nachbarliches Zusammenleben im Ergebnis Danzig mit Polen fester zusammenbinden muß (übrigens im Einklange mit der jahrhundertelangen Tradition und der jahrhundertelangen Erfahrung), daß alles, was man für Danzig auf wirtschaftlichem Gebiete tun wird, sowohl der Freien Stadt als der Republik zugute kommen wird. Das übrige wird vom Leben selbst und den geschichtlichen Notwendigkeiten vollbracht werden.

„Ein Blatt der Geschichte Osteuropas hat sich gewendet

— heißt es weiter in prophetischem Tone. Die Expansion der Deutschen über polnische Gebiete ist beendet. Danzig wird sich trotz allem mit immer stärkeren Banden an Polen binden

und von Deutschland entfernen.

Die Wünsche und Hoffnungen des kämpfenden Germanismus auf polnische Gebiete werden sich schon niemals verwirklichen lassen.“

Der Schluß ist somit:

„Das übereinkommen mit Danzig als einleitende Tätigkeit zum Ausgleich mit Deutschland zu betrachten, ist so sehr wider die Natur der Dinge und wider den notwendigen Gang der Ereignisse, daß dies in der Sphäre ungesunder und naiver Illusionen bleiben muß . . . Die Orientierung Polens mit der Defensivfront gegen den Westen ist heute ein Dogma der nationalen Politik, über welches zu diskutieren nicht nur nicht verlohnt, sondern verboten ist.“

Wenn dem „nationalen“ Blatte wirklich daran läge, vor allem Polen zu dienen, Polen schlechthin, so würde es, von den Empfindlichkeiten des „nationalen“ Lagers absehend, die so sehnlichst erwarteten Konflikte mit Deutschland, die (in irgend einer, eher ferneren als näheren Zukunft nach der endekischen Theorie) unvermeidlich sein sollen, heute wenigstens unerwähnt lassen und sich damit begnügen, das friedliche Heute zu loben und es zu genießen. Und was „das Blatt der Geschichte“ betrifft, das die „Gazeta Warszawska“ an Stelle Gottes überheblich wendet, so gibt es nichts Leichteres, als mit derlei Phrasen herumzuwerfen, wenn auch oft gefahrbringend. Kindern kann man nicht genug einschärfen, daß sie in Scheunen mit Zündhölzern nicht spielen sollen.

*

Praktische Taten auf beiden Seiten gefordert.

Im Gegensatz zu der mißgünstigen Presse betont der „Kurjer Poranny“ in einem Artikel, der zu dem Besuch des polnischen Ministerpräsidenten in Danzig Stellung nimmt, daß dieser Besuch große politische Bedeutung habe. Er unterstreiche den Charakter der gegenwärtigen Beziehungen zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen, die von der Absicht bestimmt seien, eine normale Zusammenarbeit des polnischen Staates mit seinem natürlichen Seehafen zu schaffen. Die Grundlagen dafür hätten die beiden Abkommen gegeben. Polen hätte diese Abkommen unterzeichnet und damit einen Beweis gegeben, daß „friedliche Methoden der Zusammenarbeit mit Danzig eine der Hauptgrundlagen der polnischen Handels- und Seepolitik bilden“.

Den Worten der Verständigung, die durch die abgeschlossenen Abkommen bekräftigt wurden, müßten jetzt auf beiden Seiten die praktischen Taten folgen.

Als eine solche praktische Tat bezeichnet der „Kurjer Poranny“ das konsequente und zielbewußte Streben nach „wirtschaftlicher Vereinheitlichung“.

Prozeß gegen den Abgeordneten Brill.

(Von unserm Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 25. September.

Vor der ersten Großen Strafkammer unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Kabus fand am Donnerstag die Verhandlung statt gegen den Abgeordneten Arthur Brill, den bekannten Führer der Danziger Sozialdemokratie, in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Baugewerksbundes und den Geschäftsführer Arthur Fooken von der Buchdruckerei und Verlags-G. m. b. H., in der früher das sozialdemokratische Organ, die Danziger Volksstimme, gedruckt wurde. Die Anklage lautet auf Untreue gegen Brill und der Beihilfe dazu gegen Fooken.

Der Abg. Brill erklärte bei seiner Vernehmung, daß er für den Baugewerksbund seit 33 Jahren arbeite und seit 25 Jahren hauptamtlich. Bis zum Kriegsausbruch sei er Kassierer der Gewerkschaft gewesen, nach dem Kriege deren Vorsitzender. Als solchem habe ihn die gesamte Leitung obgelegen mit Ausnahme der Kassengeschäfte. Als Vorsitzender habe er nach den Satzungen die Rechte der Gewerkschaft gerichtlich und außergerichtlich geltend zu machen sowie über die Abtretung dieser Rechte an einen Dritten zu bestimmen gehabt. Mit Zustimmung des Bundesvorstandes sei von der Gewerkschaft

der Volksstimme ein Darlehen von 20 000 Gulden

gegeben worden, das bis zum März bis auf 15 400 Gulden zurückgezahlt gewesen sei. Er habe mit der Gefahr illegaler Akte gerechnet, nachdem im Reich die Macht in die Hände der NSDAP gefallen sei und daß er vielleicht dann nicht in der Lage sein würde, seinen Geschäften so nachzugehen wie bisher. Es habe sich für ihn darum gehandelt, um das Geld, dessen Treuhänder er war, zu retten, einen anderen Treuhänder dafür zu gewinnen. Dieser mußte ein politisch unbeschriebenes Blatt sein. Seine spätere Inschutzhaftnahme habe bewiesen, daß er nicht falsch gerechnet habe. Kurz nach der letzten Reichstagswahl habe er eine Vorstandssitzung einberufen zu dem alleinigen Zweck, einen neuen Treuhänder zu bestellen. Er habe damals Malikowski, der 2. Vorsitzender war, dafür in Vorschlag gebracht, der ihn sowieso zu vertreten hatte, mit dem er aber ständig in Gegensatz gestanden habe, weil Malikowski glaubte, er (Brill) schenke ihm kein Vertrauen. Er habe damals zugesagt, daß er noch mit dem Anwalt sprechen wolle. Das habe er vergessen im Drang der Geschäfte, aber nicht böswillig. Er habe Fooken mitgeteilt, daß für die Forderung des Baugewerksbundes Malikowski an seine Stelle trete und damit sei die Angelegenheit für ihn erledigt gewesen.

Beim Untersuchungsrichter hätte er zum ersten Male davon gehört, daß Malikowski die Forderung nicht hätte übernehmen wollen. Malikowski habe ihm aber nie etwas davon gesagt, obwohl er wiederholt dazu Gelegenheit gehabt hätte. Hätte Malikowski ihm seine Bedenken geäußert, würde er den Vorstand zusammenberufen haben, um einen anderen Treuhändler zu bestellen. Es habe sich bei der übertragung der Forderung für ihn nicht um eine persönliche Sache gehandelt, sondern um die Wahrnehmung der Interessen derjenigen, die ihm 33 Jahre lang vertraut hätten. Würde er anders gehandelt haben, dann hätten ihm seine Mitglieder schwere Vorwürfe machen können. Er sei gewöhnt, seine Pflicht zu tun auch in der Stunde der Gefahr und möge sich nicht als Feigling ansehen lassen. Er habe bei seinem Schritt

nicht mit einem Dauerzustand gerechnet, sondern mit einer kurzen revolutionären Epoche.

Er habe nichts anderes gewollt, als das Geld seiner Gewerkschaft zu erhalten, die auch heute noch in ihrer alten Fassung auf Grund der Satzung zu Recht bestehe. Erst wenn etwa durch Gerichtsbeschluß festgestellt sei, daß die alte Gewerkschaft nicht mehr zu Recht bestehe, hätte Malikowski das Geld an den Rechtsnachfolger der Gewerkschaft abführen dürfen. Das Geld blieb dem Bunde, nur der Treuhänder war ein anderer.

Beisitzer: Aber gegen Malikowski konnte doch genau so vorgegangen werden wie gegen Sie?

Angekl. Brill: Nein, der war politisch nicht so exponiert wie ich.

Der Staatsanwalt wundert sich, warum dann die Abtretung der Forderung so heimlich erfolgt sei, die überschreibung hätte doch korrekt durch einen Rechtsanwalt vorgenommen werden können.

Vorsitzender: Tatsache ist aber doch, daß in den Büchern der Volksstimme nicht mehr der Bund, sondern der Maurer Malikowski als Gläubiger erschien.

Der Angeklagte Brill erwiderte, daß aus der Vermögensaufstellung von seiner Hand, die in einer Mappe auf seinem Platz gelegen habe, deutlich die Forderung an die Volksstimme hervorgegangen sei.

Der Angeklagte Fooken bestätigte Brills Ausführungen über die Gründe der Abtretung der Forderung und daß sich durch die Umschreibung nichts an der Tatsache geändert habe, daß der Baugewerksbund Gläubiger der Volksstimme blieb.

Vorsitzender und Staatsanwalt weisen darauf hin, daß kein Unbefangener aus den Büchern der Volksstimme noch hätte ersehen können, daß der Bund Gläubiger geblieben sei. Angeklagter Fooken: darüber hätte man allerdings einen Zusatz machen können. Staatsanwalt: Müssen!

Es wurde dann in eine eingehende Beweisaufnahme eingetreten, auf Grund deren der Staatsanwalt beantragte gegen Brill wegen Untreue in Tateinheit mit versuchtem Betrug 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 2 Jahre Ehrverlust und Verhaftung, gegen Fooken 9 Monate Gefängnis.

über den neu aufgenommenen Tatbestand des versuchten Betruges sollen weitere Beweiserhebungen erfolgen. Das Gericht vertagte die Verhandlung deshalb auf den 27. September.

Juristische Rundschau.

Die Vermögensabgabe — eine Personalsteuer, nicht Realsteuer.

Entschieden nach der deutschen Reichsabgabeordnung.

Eine interessante Vermögenssteuerfrage, die von den polnischen Steuerbehörden aufgeworfen wurde, fand ihre Lösung auf Grund der deutschen Reichsabgabeordnung.

In Kattowitz bestand zu deutscher Zeit eine deutsche Aktiengesellschaft „Lignosa“. Als es zur Teilung Oberschlesiens kommen sollte, verpachtete diese Gesellschaft ihre sämtlichen Vermögensobjekte an die zu dieser Zeit gegründete polnische Firma des gleichen Namens. Im Jahre 1924 trat die polnische Firma auch in die vollen Eigentumsrechte an diesen Vermögensobjekten. Auf Grund dieses Tatbestandes verlangten die polnischen Steuerbehörden von der polnischen Firma die Zahlung der der deutschen Aktiengesellschaft seinerzeit auferlegten Vermögenssteuer, indem sie auf dem Standpunkte standen, daß die Vermögenssteuer eine Reallast sei und somit die Vermögensobjekte, trotzdem sie jetzt Eigentum einer anderen Firma seien, für die Steuer haften. Als die polnische Firma sich zur Zahlung nicht verstehen konnte, strengten nun die Steuerbehörden gegen diese Firma das Exekutionsverfahren an.

Die Firma wendete die Unzulässigkeit der Exekution wegen der ihrer Rechtsvorgängerin auferlegten Vermögenssteuer ein und beantragte auf Grund des Art. 303 der deutschen Reichsabgabeordnung die Entscheidung durch die ordentlichen Gerichte. In den vor dem Kreis- und sodann vor dem Appellationsgerichte geführten Verhandlungen bestritten die Fiskalbehörden, vertreten durch die Finanzprokuratur in Kattowitz, die Justizzuständigkeit der Gerichte, und behaupteten, daß in Steuerfragen, wie die gegenständliche, ausschließlich die für das administrative Verfahren vorgesehenen Instanzen zu entscheiden haben.

Die Gerichte verneinten diesen Standpunkt der Finanzprokuratur und erklärten, daß vom Gesichtspunkte des Zivilrechtes aus der Rechtsweg der ordentlichen Gerichte zulässig sei. In der Sache selbst erkannten sie weiter, daß dem Sinne des Vermögenssteuergesetzes nach die Steuer eine Personensteuer sei und nicht eine Realsteuer, somit die vormalige deutsche Lignosa und nicht die polnische für sie haftbar gemacht werden könne.

Gegen diese Entscheidung ergriff die Finanzprokuratur die Revision an den Obersten Gerichtshof, in welcher sie auf ihrem Standpunkte beharrte, daß die Gerichtsbarkeit der ordentlichen Gerichte in Fragen von Sachhaftung für Realsteuern, als welche die Vermögenssteuer anerkannt werden müsse, ausgeschlossen sei.

Der Oberste Gerichtshof erklärte aber im Sinne der vom Rechtsvertreter der Firma Rechtsanwalt Dr. Maryański aus Warschau gemachten Ausführungen, daß die gegenständliche Frage eine rein privatrechtliche Frage sei, da es sich um die Haftung einer dritten Person für die einem anderen Verpflichteten obliegende Zahlungspflicht handele, wobei zu entscheiden sei, ob von dem Verpflichteten erworbene Vermögensobjekte, die sich im Besitze der dritten Person befinden, für die Zahlungspflicht haftbar seien. Infolgedessen seien die ordentlichen Gerichte zuständig.

Da nun, wie schon oben bemerkt, die ordentlichen Gerichte die Vermögenssteuer als eine Personalsteuer erklärten, könne der Vermögenserwerber für die dem früheren Vermögenseigentümer obliegende Steuerpflicht nicht haftbar gemacht werden.

Die Abzugsberechtigung im einkommensteuerlichen Verfahren.

(Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

Ist der Gesellschafter eines Unternehmens, der seiner Firma ein Darlehen gewährt hat und dann zugestimmt hat, daß gelegentlich eines Defizits im Unternehmen ein Teil des Darlehens zur Deckung des Defizits verwendet werden soll, berechtigt, diesen zur Deckung des Defizits verwendeten Teil seines Darlehens von seinem besteuerbaren Einkommen in Abzug zu bringen?

Diesen Fall von Abzugsberechtigung in einkommensteuerlichen Verfahren hatte das Oberste Verwaltungsgericht zu entscheiden.

Der Kläger bezog sich auf Art. 6 und 9 des Einkommensteuergesetzes und behauptete, daß der bezügliche Teil des Darlehens einen Posten (einen Verlustposten) darstellt, der bestimmt war, einerseits ihm die Zinsen vom Darlehen zu sichern, andererseits dem Unternehmen und somit auch ihm als Gesellschafter den Boden für gewinnbringende Beschäftigung zu schaffen. Dieser Verlustposten sei somit nichts anderes, als ein Aufwand, der zur Erzielung und Sicherung von Gewinn bestimmt war und entspreche somit den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes (Art. 6 und 9) über die Abziehbarkeit vom besteuerbaren Einkommen.

Diese Ansicht bestritt das Oberste Verwaltungsgericht, welches erklärte: Was an Bestimmungen über die Abziehbarkeit von Verlusten von dem besteuerbaren Einkommen des Steuerzahlers das Einkommensteuergesetz enthält, sei lediglich so aufzufassen, daß die Verluste, die als abzugbegründend anzusehen sind, sich als ein Ergebnis der Exploitation der Einkommenquelle darstellen müssen; genauer gesagt, daß sie die Erträgnisse der Exploitation zum Teil oder ganz verschlingen.

Was nun den Verlust des Klageführenden betrifft, sei zu bemerken, daß er sich in die Kategorie von Verlusten einreiht, die mit dem Gebrauch von Kapital oder Vermögensrechten zusammenhängen. Er sei mit dem Betrieb des Unternehmens, dessen Gesellschafter der Kläger ist, nur äußerlich verbunden und habe mit der Exploitation des Unternehmens nichts Gemeinsames. Er könne somit als ein Aufwand, als ein Kostenaufwand für die Erzielung und Sicherung von Einkommen des Unternehmens gelten. Er sei als Ergebnis einer selbständigen Operation anzusehen und müsse in seiner Beziehung zu dieser Operation als Abzugposten im steuerrechtlichen Sinne bewertet werden.

Was nun oben über die Qualifikation der abziehbaren Verlustposten im Allgemeinen gesagt ist und auf diese selbständige Finanzoperation (um dies so zu nennen) angewendet werden soll, ergebe die Unhaltbarkeit des Anspruches des Klägers. Kosten, die zur Erzielung und Sicherung von Gewinn dienen, — das allein bestimme nach Art. 6 des Einkommensteuergesetzes die Abziehbarkeit von der Steuergrundlage. Verluste, die als Kosten in diesem Sinne gleichgewertet werden sollen, können demnach nur Verluste in den Ergebnissen des Exploitation sein, keinesfalls aber Verluste in der Substanz der Exploitation selbst, im Gegenstande der Exploitation, in der Einkommenquelle, wie in diesem Falle — im Kapital. Da der Verlust des Klägers eben ein Verlust im Kapital ist, fehle jede Begründung für den Abzug.

„Ein Verlust an Kapital, welches ein Gesellschafter eines genossenschaftlichen Unternehmens der Genossenschaft geliehen hat, unterliegt nicht dem Abzuge von dem Einkommen des Gesellschafters“. — so lautet — der vom Obersten Verwaltungsgericht aus dieser Entscheidung abgeleitete Rechtsgrundsatz. (Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts vom 29. Mai 1933 Reg.-Nr. 6586/30.)

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Ausländer-Jagdschein.“ Ihre Bürgschaft für den Ausländer genügt, da Sie polnischer Staatsangehöriger sind und einen Jagdschein besitzen und somit den Bestimmungen des Art. 32 Abs. 2 des Jagdgesetzes genügen. Ihr Jagdfreund muß aber, wenn er in Polen jagen will die Genehmigung haben zum Besitz und zum Tragen irgend einer Jagdwaffe (Gesetz über das Waffenrecht vom 27. Oktober 1932). Diese Genehmigung muß er beim Starostwo einholen. Zuständig ist für ihn das Starostwo, das für Sie zuständig ist, da Sie für ihn die Bürgschaft übernehmen. Der Jagdgast muß einen formellen Antrag auf Erteilung des Waffenscheins stellen; bezüglich seiner Personalien weist er sich durch seinen Paß aus. Bei alledem können Sie ihm behilflich sein. Daß Ihr Jagdgast den Waffenschein erhält, bevor er im Lande ist, ist nicht wahrscheinlich, er kann also eigene Jagdwaffen nicht mitbringen, da sie ihm an der Grenze abgenommen würden. Sie werden ihm also damit aushelfen müssen, wozu Sie ohne weiteres berechtigt sind, wenn der Jagdgast den Waffenschein hat. Diese überlassung der Jagdwaffen gilt nur für die Zeit der Jagd bei Ihnen oder mit Ihnen (§ 22 der Ausführungsbestimmungen vom 23. 3. 33 zum Gesetz über das Waffenrecht). Zur Ausübung der Jagd auf Ihrem Jagdgebiet muß Ihr Jagdgast eine schriftliche Genehmigung des Jagdbesitzers haben, wenn dieser nicht selbst an der Jagd beteiligt ist. Doch ist es nicht wahrscheinlich, daß etwa ein Gendarm dem Jagdgast das Gewehr abnimmt (wozu er formal berechtigt wäre, wenn dieser sich nicht durch eine schriftliche Genehmigung des Jagdbesitzers ausweisen könnte), wenn Sie dabei sind, der Sie doch der Jagdpolizei bekannt sein dürften. Der 14tägige Jagdschein kostet 2 Złoty, dazu kommen entsprechende Stempelgebühren. Auch der Antrag auf Erteilung des Waffenscheins ist stempelpflichtig.

E. 0. 0. 1. Ob Ihr Sohn die Rückzahlung der Hypothek vor 1935 verlangen kann, hängt davon ab, ob über die Art der Kündigung noch außer dem, was Sie uns darüber mitgeteilt haben, etwas vereinbart wurde. Ist vereinbart worden, daß die Kündigung zum Quartalsschluß zu erfolgen hat, so ist die Hypothek vor Schluß des Jahres 1934 nicht fällig. Denn wie Sie uns schreiben, darf die Hypothek erst nach dem 1. 4. 1934 gekündigt werden, und die Kündigungsfrist beträgt ein halbes Jahr. Muß nun zum Quartalsschluß gekündigt werden, so tritt die erste Kündigungsmöglichkeit erst am 1. Juni (oder der Sicherheit halber am 30. Juni) 1934 ein zum 31. Dezember 1934. Ist dagegen vereinbart worden, daß nach dem 1. 4. 34 an jedem Tage halbjährig gekündigt werden kann, dann kann die Hypothek noch im Jahre 1934 fällig werden. In der deutschen Gesetzgebung besteht für eine frühere Kündigung kein Hindernis. 2. Durch das polnische Gesetz vom 29. 3. 33 über das Moratorium von Hypotheken und über die Zinssenkung bei Hypotheken werden für vor dem 1. Juli 1932 entstandene Hypotheken die Zinsen auf 6 Prozent herabgesetzt. Ein höherer Zinsfuß kann nur gefordert werden, wenn die Parteien sich vorher darüber verständigt haben, daß der Zinsfuß höher sein kann, wenn die Zinsen nicht pünktlich bezahlt werden; eine solche Vereinbarung läßt das genannte Gesetz gelten, wenn die Zinsen für die Zeit vom 1. 4. 33 ab nicht bezahlt werden; aber in solchem Falle darf der Zinsfuß 8 Prozent nicht überschreiten. Der Verkauf des Grundstücks hat auf das Schuldverhältnis keinen Einfluß. 3. Das Vorkaufsrecht hat der Staat immer, so lange das Gesetz nicht aufgehoben ist.

Wirtschaftliche Rundschau.

Autos zu festen Preisen.

Eine Preisschutzvereinbarung.

Deutschland bringt im Bereich der Produktion und des Handels neue Formen, die auch im Autohandel zutage treten. Wir erhalten darüber folgende Zuschrift aus Berlin:

Autos haben einen Katalogpreis, den die Fabrik festsetzt und der in Inseraten und Schaufensterschildern genannt wird. Und sie hatten bisher außerdem einen Preis, zu dem man sie kaufen konnte. Der lag unter dem Katalogpreis. Entweder wurden von diesem einfach ein paar hundert Mark abgestrichen oder der Händler nahm beim Verkauf des neuen Wagens einen gebrauchten unter Anrechnung eines ungerechtfertigt hohen Preises herein, oder er lieferte noch gewisse Ausrüstungsgegenstände gratis mit — kurz, er unterbot den Katalogpreis.

Aber der Händler war keinswegs allein der Sünder. Die Automobilfabriken, die ein ausgedehntes Netz von eigenen Verkaufsstellen unterhalten, unterboten sich selbst zum Teil noch mehr. Das war in den zurückliegenden Jahren schrumpfenden Absatzes besonders beliebt. Um die wenigen Käufer, die für Automobile vorhanden waren, rissen sich soviele Händler und Fabrikfilialen, daß schließlich derjenige das Rennen machte, der den größten Preisvorteil zu bieten vermochte.

Das soll jetzt anders werden. Die Verbände der Industrie und des Handels haben eine „Deutsche Automobil-Treuhand-Gesellschaft m. b. H." (DATG) errichtet, die auf Grund einer gegenseitigen kartellmäßigen Bindung der beiden Wirtschaftsgruppen die Innehaltung der vorgeschriebenen Verkaufspreise überwachen soll. Auf Verstöße sind hohe Vertragsstrafen, die zwischen 1000 und 15 000 Mark liegen, festgesetzt. Die Hereinnahme von Altwagen darf nur zu Preisen geschehen, die von den der DATG unterstellten Schätzungsstellen festgesetzt sind.

Das System ist den Engländern nachgeahmt, die schon seit Jahrzehnten eine derartige, auf alle Zweige des Automobilhandels und -Gewerbes ausgedehnte Preisschutzkonvention zwischen Handel und Industrie haben. Sie funktioniert dort ausgezeichnet und hat im Automobilhandel zu einer Fairneß und zu absolut geordneten Marktverhältnissen geführt, wie wir sie in Deutschland kaum jemals gekannt haben. Das Vorgehen der Preisschutzstellen in England ist noch viel rigoroser, als es für die Geschäftsführung der DATG vorgesehen ist. Hartgesottene Sünder, die immer wieder schleudern, werden in England gesperrt, und das bedeutet, daß sie überhaupt keinen in die Branche schlagenden Artikel mehr geliefert erhalten. Sie müssen einfach den Beruf wechseln.

Die Durchführung des Systems in Deutschland wird noch einige Schwierigkeiten machen, nicht nur weil der Automobilhandel in Deutschland zu den am schwersten zu organisierenden Gewerbezweigen gehört, sondern auch weil neben der deutschen Automobilindustrie nun auch noch die nach Deutschland liefernden ausländischen Fabriken bzw. deren Importeure gewonnen werden müssen. Der Reichsverband der Automobilindustrie und der Reichsverband des Kraftfahrzeughandels und -Gewerbes haben zunächst an alle in Betracht kommenden Firmen einen Aufruf gerichtet, in dem sie zum Anschluß an das vorgesehene Preisschutzsystem auffordern. Vielleicht sind die Zeiten heute für die Durchsetzung einer solchen Marktordnung günstiger als noch vor zwei und drei Jahren. Wir haben eine Automobilkonjunktur, und außerdem sind die straffen, autoritären Wirtschaftsgrundsätze, die der Umschwung in Deutschland zur Durchbruch gebracht hat, dem Gedanken einer Preisschutz-Zwangsorganisation förderlicher als der hemmungslose Individualismus im Wettbewerb vergangener Jahre.

Der polnische Außenhandel in Eisen, Metallen und Maschinen.

Einfuhr:	Aug. 1933	Aug. 1933	Aug. 1932	Jan.—Aug. 1933	Jan.—Aug. 1932
	Tonnen	in 1000 Złoty			
Metalle und Metallwaren	30 906	6 330	4 723	42 170	32 795
davon:					
Alteisen (Schrott)	27 929	1 890	1 238	12 796	3 605
Kupfer und Kupfererzeugnisse	699	934	492	5 842	5 367
Maschinen und Apparate	446	2 808	3 345	23 409	29 478
darunter:					
Motoren	39	241	269	1 630	2 325
Elektrische Maschinen	20	208	564	2 255	3 415
Textilmaschinen	89	405	244	4 331	3 480
Landmaschinen	63	179	162	1 127	1 278
Kessel, Apparate und Teile von Heizanlagen	22	159	449	2 588	3 874
Elektrotechnische Materialien, Leitungen, Geräte usw.	178	1 227	2 434	11 855	17 280
Kraftwagen	132	751	411	6 517	5 603

Die polnische Einfuhr von Metallen und Metallerzeugnissen ist im August wieder angestiegen. Sie ist um etwa ein Drittel höher gewesen als im August des Vorjahres. Während nun die Einfuhr von Alteisen im August gegenüber Juli wertmäßig gefallen ist, ist die Einfuhr von Kupfer und Kupfererzeugnissen stark angestiegen. Die Einfuhr von Maschinen und Apparaten ist gegenüber Juli etwas gestiegen (von 2,6 auf 2,8 Mill. Złoty). Eine Steigerung weisen auf: die Einfuhr von Motoren von 0,20 auf 0,24 Mill. Złoty und die Einfuhr von Textilmaschinen von 0,35 auf 0,40 Mill. Złoty, einen Rückgang dagegen die Einfuhr von elektrischen Maschinen von 0,23 auf 0,21 Mill. Złoty, die Einfuhr von Landmaschinen von 0,23 auf 0,18 Mill. Złoty, die Einfuhr von Kesseln, Apparaten und Heizungsanlagen von 0,20 auf 0,16 Mill. Złoty, die Einfuhr von elektrischem Material von 1,7 auf 1,2 Mill. Złoty und die Einfuhr von Automobilen von 2,6 auf 0,7 Mill. Złoty. Da die Automobileinfuhr im Juni auch nur 0,4 Mill. Złoty betrug, stellt sich die außerordentliche Steigerung auf 2,6 Mill. Złoty im Juli als eine einmalige Erscheinung dar, die irgendwelche Schlüsse auf eine außerordentliche Belebung des Automobilgeschäftes in Polen nicht zuläßt.

Im übrigen liegt die Einfuhr von Metallen und Metallerzeugnissen mit 6,3 Mill. Złoty erheblich über den Augustziffern des Vorjahres; die Einfuhr von Maschinen und Apparaten dagegen mit etwa 15 Prozent unter den Ziffern vom August 1932. Besonders auffällig ist darunter die Halbierung der Elektro-Einfuhr und der mehr als 60prozentige Rückgang der Maschineneinfuhr, sowie die auf ein Drittel der Augustziffern des Vorjahres gefallene Einfuhr von Kesseln, Apparaten und Heizanlagen.

Betrachtet man den Zeitraum von Januar bis August, so ergibt sich im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahres folgendes Bild. Die Einfuhr von Metallen und Metallerzeugnissen ist gewichtsmäßig von 75 612 Tonnen auf 216 615 Tonnen und wertmäßig von 32,8 auf 42,2 Mill. Złoty gestiegen. Der überwiegende Anteil an der Steigerung entfällt auf Schrott mit 190 758 Tonnen gegen 54 026 Tonnen und 12,8 gegen 3,6 Mill. Złoty. Aus dieser überaus starken Zunahme der polnischen Schrotteinfuhr ist ersichtlich, daß die polnische Eisenhütteninduftrie in diesem Jahre eine beachtliche Belebung erfahren hat. Das umgekehrte Bild zeigt die Einfuhr von Maschinen und Apparaten, die von 29,5 auf 23,4 Mill. Złoty zurück ging. Eine Zunahme weist im einzelnen lediglich die Einfuhr von Textilmaschinen und Automobilen auf, gewichtsmäßig auch die von Landmaschinen.

Ausfuhr:	Aug. 1933	Aug. 1933	Aug. 1932	Jan.—Aug. 1933	Jan.—Aug. 1932
	Tonnen	in 1000 Złoty			
Schienen, Eisen u. Stahl	21 975	4 796	3 856	26 776	12 473
Eisen- und Stahlbleche	6 216	1 804	1 115	10 428	3 844
Röhren	2 332	1 128	1 173	10 128	9 423
Blei	17	8	169	42	2 605
Zink und Zinkstaub	5 808	3 018	2 409	21 280	26 061
Zinkbleche	184	120	134	1 840	2 289

Die Ausfuhr von Schienen, Eisen und Stahl ist im August gegenüber Juli (Juli 4,66 Mill. Złoty) um ein geringes angestiegen. Gestiegen ist ferner die Ausfuhr von Eisen- und Stahlblechen (von 1,65 auf 1,80 Mill. Złoty) und die Bleiausfuhr (von 4000 auf 8000 Złoty). Die Ausfuhr aller übrigen Erzeugnisse ist unwesentlich gefallen.

In dem Zeitraum Januar bis August ergibt ein Vergleich mit dem Vorjahr folgendes Bild. Die Zunahme der Ausfuhr von Schienen, Eisen und Stahl beträgt mehr als 60 Prozent und gewichtsmäßig beinahe 200 Prozent (von 42 952 auf 118 840 Tonnen); die Ausfuhr von Eisen- und Stahlblechen hat sich sogar gewichtsmäßig mehr als vervierfacht (von 7364 auf 30 164 Tonnen), wertmäßig ist sie von 3,8 auf 10,4 Mill. Złoty gestiegen.

Diese beachtliche Zunahme der Ausfuhrziffern entspricht der starken Einfuhrsteigerung von Schrott. Auch die Röhrenausfuhr ist gestiegen und zwar von 13 612 auf 18 660 Tonnen, dagegen ist die Ausfuhr von Zink und Zinkstaub, sowie Zinkblechen von 57 315 auf 44 321 Tonnen gefallen. EWD.

Die Lage der Aluminiumindustrie.

Dr. Cr. Durch den kürzlich erschienenen Jahresbericht der Vereinigten Aluminium-Werke, der deutschen Reichsgesellschaft, welche für die deutsche Rohstofferzeugung die Hauptrolle spielt, ist die Aufmerksamkeit wiederum auf die allgemeine Lage der Aluminiumindustrie gelenkt worden. Bekanntlich wurde im Herbst 1931 ein internationales Aluminium-Kartell (Alliance Aluminium Co. A.-G. in Basel) gegründet, das den Zweck hatte, durch Zusammenarbeit aller wesentlichen Aluminium produzierenden Länder den Markt zu regeln und der gewaltigen Rückgänge des Weltverbrauchs, der sich in den vorausgegangenen Jahren bereits von 276 000 Tonnen 1929 auf 175 000 Tonnen 1931 gesenkt hatte, durch entsprechende Einschränkungen der Produktion, andererseits aber auch durch Aufrechterhaltung angemessener Preise Rechnung zu tragen. Die allgemeine Produktionsherabsetzung, die den hauptsächlichsten Programmpunkt des internationalen Kartells bildete, ist im Jahre 1932 mit Erfolg durchgeführt worden. Die Welterzeugung ohne Rußland betrug 150 000 Tonnen gegen 217 000 Tonnen 1931, 267 000 Tonnen 1930, 277 000 Tonnen 1929. Da die Vorräte Ende 1932 in ihrer Höhe dem Stande am Ende des Jahres entsprachen, so hat sich also die Produktion im Jahre 1932 dem Verbrauch völlig angepaßt. Daraus erklärt sich die günstige Beurteilung, welche die Wirksamkeit der Aluminium-Allianz in allen beteiligten Produktionsländern findet.

In der Einschränkung der Aluminium-Erzeugung haben die beteiligten Länder allerdings nicht gleichen Schritt gehalten. Während die Einschränkung in Deutschland fast 50 Prozent betrug, und in den Vereinigten Staaten und Kanada immerhin etwa 40 Prozent, betrug sie in England nur 30 Prozent, in Frankreich nur 23 Prozent, in Norwegen nur 18 Prozent und die Schweiz, Italien und Österreich hatten sogar eine geringe Vermehrung ihrer Produktion zu verzeichnen. Diese Vermehrung wird damit erklärt, daß insbesondere Norwegen und Frankreich starke Rußlandslieferungen auszuführen hatten, die insgesamt 14 000 Tonnen betrugen. Rußland ist an den internationalen Abmachungen nicht beteiligt, versucht vielmehr, seine eigene Aluminium-Erzeugung mit größter Beschleunigung auszubauen. Man schätzt die russische Erzeugung für 1932 auf etwa 5000 Tonnen. Der russische Gesamtverbrauch dürfte hiernach 1932 bereits 20 000 Tonnen erreicht haben und demnach den Verbrauch Deutschlands, Frankreichs und Englands ganz erheblich überschreiten.

Das Jahr 1932 stand überall im Zeichen einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, und angesichts der besonderen Bedeutung, welche die Aluminiumverwendung z. B. in der Automobilindustrie, im Luftverkehr usw. besitzt, müssen wirtschaftliche Rückschläge, welche die Verkehrsentwicklung hemmen, ebenso stark auf die Aluminiumerzeugung wirken, wie auf der anderen Seite neue wirtschaftliche Auftriebe, die im Jahre 1933 in manchen Ländern bemerkbar werden.

Besonders im fernen Osten und in Indien liegt für die Aluminiumverwendung noch ein weites, wenig erschlossenes Feld. Weder in Japan noch in China noch in Indien ist man bisher in größerem Umfange zur Erzeugung von Rohaluminium übergegangen. Die Bedürfnisse dieser gewaltigen Gebiete spielen also für die nächsten Zukunftsaussichten der Aluminiumindustrie eine außerordentlich wichtige Rolle. Man wird, ohne in die Rolle der wirtschaftlichen Prophetie zu verfallen, der Erwartung Ausdruck geben dürfen, daß der Aluminiumindustrie im Augenblicke einer Besserung der Weltkonjunktur und einer Überwindung des Krisentiefpunktes besonders günstige Aussichten eines neuen und schnellen Aufstieges bevorstehen.

Was die Preisgestaltung angeht, so hat die Aluminium-Allianz vermocht, die Preise im wesentlichen auf der ins Auge gefaßten Höhe von 80 Gold-£ je Tonne zu halten. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß fast überall der Versuch gemacht wurde, durch Sonderabmachungen mit Halbzeughersteller und Fertigwarenfabrikanten Erleichterungen im Preise zu gewähren. Diese Politik war durch die Absperrungsmaßregeln mancher Konsumländer, noch mehr aber durch die englische, und später auch durch die amerikanische Währungspolitik, und schließlich durch das Ottawa-Abkommen geboten, mit dessen Hilfe England sich insbesondere entschließt, den großen indischen Markt gegen die übrigen Aluminiumerzeuger abzu sperren. Es ist nicht zu verkennen, daß in dieser Prämien- und Rabattpolitik für den Weiterbestand der Allianz erhebliche Gefahren stecken. Hinzukommt der Umstand, daß die Bevorschussungen der bei der Gründung vorhandenen Vorräte bis zum Augenblick nicht erheblich abgebaut werden konnten. Die Vorräte sind aus dem Jahre 1931 mengenmäßig wenig verändert in das Jahr 1933 hineingekommen. Ihre Abstoßung kann erst im Zeichen einer besseren Konjunktur erfolgen. Vorläufig müssen sie durchgehalten werden, und hierdurch erscheint die Allianz reichlich und einseitig mit dem Konjunkturrisiko belastet, worin eine starke Versuchung für die Mitglieder liegt, die laufende Erzeugung unter allen Umständen gegebenenfalls auch zu unter der Hand verminderten Preisen abzusetzen. Allein die deutschen Vereinigten Aluminium-Werke haben auf ihre Vorräte Ende 1932 einen Vorschuß von mehr als 10 Millionen Rmk. gehabt, während im vorausgegangenen Jahr dieser Vorschuß nur etwa die Hälfte betrug. Im Falle einer Sprengung der Allianz, gleichviel durch welche Ursachen, kann in diesen Vorrats-Bevorschussungen eine erhebliche Gefahrenquelle für alle Beteiligten liegen. Es ist natürlich anzunehmen, daß die den übrigen Partnern gewährten Vorschüsse sich in einem entsprechenden Verhältnis zu den Deutschland gewährten Vorschüssen halten.

Schon bei früherer Gelegenheit ist unterstrichen worden, daß die Aluminiumproduzenten sich in besonderem Maße weit vorausschauend um die Ausdehnung der Aluminiumverwendung in ihren Heimatländern und Absatzgebieten bemühen. Diese Bemühungen sind auch in der jüngsten Zeit mit Eifer und Verständnis fortgesetzt worden. Dr. v. d. Porten, der bisherige Generaldirektor der Vereinigten Aluminium-Werke, hat sich vor einiger Zeit in einem ausführlichen Vortrage über diese Bemühungen verbreitet, und dabei insbesondere die Versuche hervorgehoben, Eisenbahnwaggons in größerem Umfange aus Leichtmetall herzustellen. Interessant sind auch die Bemühungen, nicht nur Möbel und Ausstattungsgegenstände, sondern auch Wandbekleidungen und Ladenausstattungen aus Leichtmetall, insbesondere Aluminium und Aluminium-Legierungen, herzustellen.

Daß die Vereinigten Aluminium-Werke ebenso wie die entsprechenden Unternehmungen im Auslande im Jahre 1932 nicht zur Erzielung eines größeren Reingewinnes kommen konnten, erklärt sich zur Genüge aus der außerordentlich hohen Produktionsbeschränkung und Absatzverminderung, braucht aber nicht zu Besorgnissen hinsichtlich der Gesundheit der finanziellen Grundlage Veranlassung zu geben, zumal die Liquidität des Unternehmens im Jahre 1932 erheblich gesteigert werden konnte. Nach der Vereinigung mit dem Erft-Werk erscheint die deutsche Gesellschaft vielmehr bestens für die Zukunft gerüstet und als das natürliche Kernstück der gesamten deutschen Aluminiumindustrie dazu berufen, in einem gegebenen, hoffentlich nahen Zeitpunkt als stärkste Triebfeder für eine Periode des Aufschwungs der Aluminiumindustrie zu wirken.

Die neuen Getreide-Standard-Normen an den Börsen in Wilna, Lublin und Rowno.

Kürzlich wurden vom Vorstand der Wilnaer Börse die neuen Standard-Normen für Roggen und Hafer provisorisch festgesetzt. Sie stellen sich wie folgt dar:

Roggen Standard I	684
Roggen Standard II	657
Hafer Standard I	454

Die neuen Standard-Normen an der Lubliner und Rownoer Börse für das Geschäftsjahr 1933/34 lauten wie folgt:

	Lublin	Rowno
Gutsroggen	694	687
Sammelroggen	690	681
Gutsweizen	745	750
Sammelweizen	736	727
Braugerste	670	673
Mahlgerste	637	637
Futtergerste	603	607
Hafer einheitlich	450	441
Hafer gemischt	440	426

EWD.

Ausfuhrzölle für Fleischwaren in Polen. Zum Zwecke einer Reorganisation der Ausfuhr von Fleischprodukten hat die Polnische Regierung im Gesetzblatt vom 15. September durch eine Verordnung der zuständigen Ministerien Ausfuhrzölle eingeführt. Diese Zölle betragen für Hammelfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch und Rindfleisch in frischem, gesalzenem und gefrorenem, aber unbearbeitetem Zustande mit Ausnahme von selbständigen Köpfen und selbständigen Eingeweiden 100 Złoty je Doppelzentner, für Bacons 150 Złoty, für gepökelte Schinken und Fleischwaren 150 Złoty, für Räucherschinken, auch in hermetischer Verpackung, geräucherte Fleischwaren, getrocknete oder konservierte Fleischprodukte in Büchsen, gesalzenen und geräucherten Speck, sowie Schmalz 250 Złoty. Die erwähnten Artikel werden auf Grund einer Bescheinigung des polnischen Industrie- und Handelsministers vom Ausfuhrzoll befreit. Auch im kleinen Grenzverkehr wird der Ausfuhrzoll nicht erhoben. Die Verordnung ist am 15. d. Mts. in Kraft getreten und hat den Zweck, zu verhüten, daß minderwertige Fleischprodukte ins Ausland gelangen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 25. September auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Złoty am 23. September. Danzig: Ueberweisung 57,49 bis 57,51, Berlin: Ueberweisung 46,80—47,20, Wien: Ueberweisung 78,98, Prag: Ueberweisung 382,00, Zürich: Ueberweisung 57,70, London: Ueberweisung 27,68.

Warschauer Börse vom 23. Septbr. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 124,75, 125,06 — 124,44, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 360,90, 361,80 — 360,00, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 27,62, 27,77 — 27,47, Newyork 5,76, 5,80 — 5,72, Oslo —, Paris 35,00, 35,09 — 34,91, Prag 26,51, 26,57 — 26,45, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 173,25, 173,68 — 172,82, Tallin —, Wien —, Italien —.

Berlin, 23. September. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,707—2,713, London 12,96—13,00, Holland 169,38—169,72, Norwegen 65,13 bis 65,27, Schweden 66,83—66,97, Belgien 58,52—58,64, Italien 22,06 bis 22,10, Frankreich 16,41—16,45, Schweiz 81,12—81,28, Prag 12,41 bis 12,43, Wien 47,95—48,05, Danzig 81,52—81,68, Warschau 46,90—47,10.

Züricher Börse vom 23. September. (Amtlich.) Warschau 57,70, Paris 20,20½, London 15,96, Newyork 3,33, Brüssel 72,00, Italien 27,12½, Spanien 43,20, Amsterdam 208,20, Berlin 123,17, Wien offiziell 72,63, Noten 56,50, Stockholm 82,40, Oslo 80,30, Kopenhagen 71,30, Sofia —,—, Prag 15,30, Belgrad 7,00, Athen 2,92, Konstantinopel 2,45, Bukarest 3,08, Helsingfors 7,07, Buenos Aires —, Japan 0,94.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,68 Zł., do. kl. Scheine —,— Zł., 1 Pfd. Sterling 27,41 Zł., 1 Schweizer Franken 172,57 Zł., 100 franz. Franken 34,86 Zł., 100 deutsche Mark 206,50 Zł., 100 Danziger Gulden 173,07 Zł., tschech. Krone —,— Zł., österr. Schilling —,— Zł., holländischer Gulden 359,50.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 25. September. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen	15 to	14.70
Weizen	40 to	21.50
Hafer	12 to	14.25

Richtpreise:

Roggen	14.50—14.70	Viktoriaerbsen	21.50—23.50
Weizen	20.25—20.75	Folgererbsen	24.00—26.00
Braugerste	15.00—16.00	gelber Klee, gesch.	85.00—90.00
Mahlgerste	13.75—14.00	Speisekartoffeln	2.25—2.50
Hafer	14.00—14.25	Leinkuchen	18.00—19.00
Roggenmehl 65%	21.75—22.75	Rapskuchen	14.00—15.00
Weizenmehl 65%	33.50—35.50	Sonnenblumenkuch.	18.00—19.00
Roggenkleie	8.50—9.00	blauer Mohn	64.00—66.00
Weizenkleie	8.50—9.00	Senf	37.00—39.00
Weizenkleie grob	8.75—9.25	Leinsamen	35.00—37.00
Raps	33.00—35.00	Wicken	12.00—13.00
Winterrübsen	35.00—37.00	Netzeheu, lose	—.—
Peluschken	12.00—13.00		

Allgemeine Tendenz: ruhig, Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	340 to	Gerstenkleie	— to	Folger-Erbs.	14 to
Weizen	30 to	Roggenkleie	8 to	Sonnenblumenkuchen	— to
Mahlgerste	— to	Weizenkleie	7 to	Speisekartoff.	15 to
Braugerste	220 to	Raps	— to	Hafer	30 to
Roggenmehl	30 to	Kartoffelflock.	— to	Feld-Erbsen	— to
Weizenmehl	7 to	Blauer Mohn	40 to	weißer Mohn	— to
Viktor.-Erbs.	90 to	Nudeln	— to		

Gesamtangebot 895 to.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 23. September. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen	30 to	14.85
	30 to	14.75
Hafer	30 to	14.25

Richtpreise:

Weizen, neu, z. Verm.	20.75—21.25	Winterraps	34.00—35.00
Roggen	14.75—15.00	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	11.00
Roggen, neu, zum Mahlen	—.—	Senf	38.00—40.00
Gerste 695—705 kg	14.50—15.00	Blauer Mohn	63.00—70.00
Gerste 675—685 kg	13.50—14.50	Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Braugerste	16.50—17.50	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	—.—
Hafer	13.50—14.00	Hafer- und Gerstenstroh, lose	—.—
Roggenmehl (65%)	22.25—22.50	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Weizenmehl (65%)	34.50—36.50	Heu, lose	—.—
Weizenkleie	8.50—9.00	Heu, gepreßt	—.—
Weizenkleie (grob)	9.50—10.00	Netzeheu, lose	—.—
Roggenkleie	8.50—9.00	Netzeheu, gepreßt	—.—
Speisekartoffeln	2.25—2.50	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	20.00—24.00		
Folgererbsen	22.00—25.00		
Blaue Lupinen	—.—		
Gelbe Lupinen	—.—		
Winterrübsen	39.00—40.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Weizen 30 to, Gerste 100 to, Hafer 15 to, Roggenkleie 60 to, Weizenkleie 30 to, Fabrikkartoffeln 450 to.

Danziger Getreidebörse vom 23. September. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pfd. 13,00, Roggen 9,10—9,20, Braugerste 10,00 bis 11,00, Futtergerste 9,00—10,00, Hafer 8,50—9,25, Viktoriaerbsen 12,75 bis 17,25, grüne Erbsen 14,50—18,00, Roggenkleie 6,00, Weizenkleie 6,50 bis 6,70, Rübsen 22,00, Blaumohn 38,00—41,75 G. per 100 kg frei Danzig.

Weizen wird mit Zł. 22,50 = G. 13,00 gehandelt.

Roggen für Konsumzwecke notiert Zł. 16,00 = G. 9,25; alles per 100 kg frei Danzig.

Futtermittel fester.

Berliner Produktenbericht vom 23. September. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 76—77 Kg. 181,00—183,00, Roggen, märk., 72—73 Kg. 154,00, Braugerste 189,00—195,00, Futter- und Industriegerste —,—, Hafer, märk. 146,00—154,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 31,00—32,00, Roggenmehl 20,75—21,75, Weizenkleie 10,75—11,00, Roggenkleie 9,60—9,80, Viktoriaerbsen 36,00—41,00, Kl. Speiseerbsen 29,00—32,00, Futtererbsen 18,00 bis 20,00, Peluschken —,—, Ackerbohnen —,—, Wicken —,— bis —,—, Lupinen, blaue —,—, Lupinen, gelbe —,—, Serradella, alte —,—, Leinkuchen 16,40—16,50, Trockenschnitzel 9,10—9,20, Soya-Extraktionsschrot loco Hamburg 14,00—14,10, loco Stettin 14,30, Raps —,—, Kartoffelflocken 13,80—14,00.

Gesamttendenz: fester.

Viehmarkt.

Warschauer Viehmarkt vom 23. Septbr. Die Notierungen für Hornvieh und Schweine betrug für 100 kg Lebendgewicht loco Warschau in Złoty: junge, fleischige Ochsen —,—; junge Mastochsen —,—; ältere, fette Ochsen —,—; Mastkühe —,—; abgemolkene Kühe jeden Alters —,—; junge, fleischige Bullen —,—; fleischige Kälber —,—, gut genährte Kälber —,—; kongreßpolnische Kälber 65—70; junge Schafböcke und Mutterschafe —,—; Speckschweine von über 150 kg 125—130, von 130—150 kg 115—125, fleischige Schweine von 110 kg 110—115.